

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Historisches Seminar

Sommersemester 2008

Hauptseminar „Der Alltag der Daheimgebliebenen: Leben in Deutschland 1914/18 und 1919/45“

Seminarleiterin: Priv.-Doz. Dr. Katja Patzel-Mattern

**„Was wollen Sie, heute regiert doch in
Deutschland der miles gloriosus.“**

**Politische Repression der bürgerlichen
Friedensbewegung in Deutschland
während des Ersten Weltkrieges.**

Eine politisch-gesellschaftshistorische Studie

Hausarbeit vorgelegt von:

Clemens Jesenitschnig

Bahnhofstraße 9

69115 Heidelberg

E-Mail: clemens.jes@gmx.net

Telefon: 0151/25347225

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst habe; außer dem im Quellen- und Literaturverzeichnis angeführten Schrifttum habe ich bei der Abfassung keine anderen Unterstützungen in Anspruch genommen.

Klagenfurt, 14. September 2009

(Clemens Jesenitschnig)

**„Der Historiker und sein Leser müssen der Vergangenheit wiedergeben,
was sie einmal hatte, was jede Zeit und auch unsere Gegenwart hat,
nämlich eine offene Zukunft.“**

– *Thomas Nipperdey*ⁱ⁾

ⁱ⁾ Nipperdey 1998, 880f.

Inhaltsverzeichnis

Verwendete Abkürzungen.....	v
1. Einleitung.....	1
2. Das Militär im Deutschen Kaiserreich, Oder: War das Deutsche Reich von 1871 ein „Militärstaat“?.....	5
3. Die bürgerliche Friedensbewegung im Kaiserreich.....	9
3.1. Bescheidene Anfänge: Die deutsche Friedensbewegung bis 1914.....	9
3.2. Zensur und Propaganda, Repression und Verhinderung: Militär, Innenpolitik und die deutsche Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges.....	15
3.2.1. Die rechtlich-politischen Umstände.....	15
3.2.2. Zensur und Repression pazifistischer Organisationen und Persönlichkeiten.....	19
4. Schluss: Zusammenfassung und Ausblick.....	28
5. Quellen- und Literaturverzeichnis.....	31

Anmerkung zum Titel:

Die im Titel verwendete Aussage wurde von Wilhelm Freiherr von Schoen (1851-1933), bis 1914 deutscher Botschafter in Paris, in einem Telefonat mit Ludwig Quidde Ende August oder Anfang September 1915 getätigt – so die erinnernde Wiedergabe Quiddes, nach welcher ich zitiere (Quidde 1979, 82).

Verwendete Abkürzungen

abgedr.	abgedruckt
Art.	Artikel
Bearb.	Bearbeiter
BNV	Bund Neues Vaterland
bzw.	beziehungsweise
DFG	Deutsche Friedensgesellschaft
d.h.	das heißt
dt.	deutsch
engl.	englisch
et al.	et alii
etc.	et cetera
f.	folgend
ff.	fortfolgend
FN.....	Fußnote
Hg.	Herausgeber
H.i.O./H.d.m., C.J.	Hervorhebung im Original / durch mich, C.J.
ibid.	ibidem
id.	idem
i.e.	id est
Kap.	Kapitel
k.u.k.	kaiserlich und königlich (Österreich-Ungarn)
m.w.H. / m.w.N.	mit weiteren Hinweisen / Nachweisen
NFA	Nationaler Frauenausschuss für dauernden Frieden (bis 1917, danach Deutscher Frauen- ausschuss für dauernden Frieden)
Nr.	Nummer
Rez.	Rezension
s.	siehe
S.	Seite(n)
u.	und
u.a.	unter anderem / anderen
USA.....	Vereinigte Staaten von Amerika
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel
zit.n.	zitiert nach
ZV	Zentralstelle Völkerrecht

1. Einleitung

Die vorliegende Studie will anhand ausgewählter Quellen die Frage nach Art, Umfang, Begründung und Folgen politischer Repression gegenüber der deutschen bürgerlichen Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges 1914-1918 beleuchten.

Der bekannte deutsche Historiker Wolfgang Benz hat bereits vor rund 40 Jahren festgestellt, dass die „bürgerliche Opposition, die sich nach dem August 1914 gegen das spätwilhelminische System richtete, bislang kaum beachtet [wurde].“¹ Benz führte das Mauerblümchendasein des Themenkomplexes vor allem auf die schwierige Quellenlage – auf viele Archive verstreute Dokumente und kaum einschlägige Quelleneditionen – zurück.² Daran hat sich mittlerweile – sowohl mit Blick auf historische Darstellungen als auch Quelleneditionen – manches geändert. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass das Deutsche Kaiserreich von 1871-1918³ spätestens seit der berühmten „Fischer-Kontroverse“ über die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkrieges in den Fokus der bundesdeutschen Geschichtsschreibung gerückt ist;⁴ mittlerweile ist die Zahl der einschlägigen Darstellungen kaum mehr zu überblicken.⁵ Nach wie vor ist aber zu betonen, dass die Geschichtswissenschaft auf dem Gebiet des bürgerlichen Pazifismus’ während des Krieges im Vergleich zu anderen Themenkomplexen, die in jüngerer Zeit vorrangig ins Blickfeld der Forschung gerückt sind,⁶ wenige Fortschritte vorweisen kann. Zu diesen neuen Moden der Disziplin gehört insbesondere die seit etwa zwei Jahrzehnten in Hochkonjunktur stehende „Alltagsgeschichte“⁷ in Bezug auf das Soldatenleben zwischen Front, Etappe und Fronturlaub⁸ sowie die große Masse der Bevölkerung zu Hause,⁹ darüber hinaus auch andere Aspekte der Sozial- und Kulturgeschichte, etwa die sogenannte Geschlechtergeschichte¹⁰ oder die Mentalitätsgeschichte¹¹. Auch die vorliegende Arbeit ist im

¹ Benz 1970, 343; vgl. ganz ähnlich Eisenbeiß 1980, 24.

² Vgl. Benz 1970, *ibid.*; vgl. auch Eisenbeiß 1980, 27. – Die vergleichsweise gebündelten Archivalien in Bezug auf sozialdemokratisch fundierten Pazifismus haben in diesem Bereich eine bislang reichhaltigere Forschungsernte erbracht (vgl. z.B. Carsten 1982; Wieland 1998).

³ Deutsches Reich, Kaiserreich, Deutsches Kaiserreich, Deutschland, Reich, etc. beziehen sich, sofern nicht explizit anders angegeben, immer auf das Deutsche Kaiserreich von 1871-1918.

⁴ Auslöser war das Buch *Griff nach der Weltmacht* des Hamburger Historikers Fritz Fischer (1908-1999) (Fischer 1977). Vgl. zum ganzen Komplex aus zeitlichem Abstand Geiss 2003 und Jarausch 2003.

⁵ Pars pro toto seien die einflussreichen Darstellungen von Wolfgang Mommsen (1995), Thomas Nipperdey (1998) und Hans-Ulrich Wehler (1994) genannt.

⁶ Vgl. Hirschfeld 2004; Krumeich 1993.

⁷ Vgl. hierzu grundsätzlich Lüdtko 1989; *id.* 2002.

⁸ Vgl. z.B. Mommsen 2004, 137ff.; Ulrich/Ziemann 1994; Wette 1992.

⁹ Vgl. z.B. Daniel 2002; Knoch 1989; Roerkohl 1991.

¹⁰ Vgl. hierzu grundsätzlich Budde 2000, Eifert 2002 und Opitz 2005; in Bezug auf den Ersten Weltkrieg vgl. Hagemann/Schüler-Springorum 2002.

¹¹ Vgl. hierzu grundsätzlich Kessel 2000 und Schöttler 2002; grundlegend in Bezug auf die politische Kultur Deutschlands (auch das Deutsche Kaiserreich) Schwaabe 2005 sowie hinsichtlich des Ersten Weltkrieges Hirschfeld 1997.

Rahmen eines explizit auf den „Alltag der Daheimgebliebenen“¹² ausgerichteten Seminars entstanden. Während nach Auffassung des Verfassers eine richtig verstandene Alltagsgeschichte helfen kann, in Ergänzung zu und Synthese mit der politischen und ökonomischen Geschichte wichtige neue Perspektiven aufzutun, innovative Analysen beizusteuern und ältere Ansichten kritisch zu hinterfragen, darf sie nicht als – gar „bessere“ – Alternative zur „traditionellen“ politischen und politisch-ökonomischen Geschichtsschreibung (miss-)verstanden werden. Das würde in die Irre führen. Das historische Konzept des „Alltags“ zielt auf die Lebenswelt des Individuums, seine Weltdeutung und die daraus abgeleiteten Einstellungen und konkreten Handlungen ab. Dies sind, sozialwissenschaftlich gesprochen, die abhängigen Variablen; abhängig sind sie von den überindividuellen, soziopolitischen, -ökonomischen und -kulturellen Kontextbedingungen, in denen „Alltag“ immer stattfindet. Mit besonderer Emphase gilt dieser Hinweis für die Zeit von 1914-18 und 1939-45, in welcher Politik, Militär und Zivilgesellschaft sich im „Ausnahmestand“ des Krieges befanden, und in welchem die Interaktionsbeziehungen zwischen diesen drei Bereichen sich durch ein herausragendes Maß an Unmittelbarkeit auszeichneten. Diese These exemplarisch zu belegen, ist nicht zuletzt ein Ziel der vorliegenden Studie.

Während also der Alltag breiter Bevölkerungskreise ins Blickfeld gerückt wurde, ist gewissermaßen der „Alltag der bürgerlichen Pazifisten“¹³ weiterhin am Rande des Forschungsinteresses verblieben. Damit sollen die Verdienste der bislang geleisteten historischen Forschung jedoch nicht geschmälert werden. Der US-amerikanische Historiker und Deutschlandexperte Roger Chickering hat mit seiner Dissertation von 1975 ein in Qualität wie Umfang bemerkenswertes Werk über die bürgerliche Friedensbewegung im Deutschen Reich für die Zeit von 1892-1914 vorgelegt, das als unverzichtbares Fundament für weitere Forschung auf diesem Gebiet gelten muss.¹⁴

Auch im deutschen Sprachraum hat es insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren Fortschritte in der historischen Friedensforschung gegeben, die angesichts der sich im Rahmen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen neu formierenden bundesrepublikanischen Friedensbewegung auch als historische Rückbesinnung auf ältere Formen des (deutschen) Pazifismus gedeutet werden können.¹⁵ Jedenfalls ist das kurze forschungskonjunkturelle Hoch seit

¹² Hauptseminar *Der Alltag der Daheimgebliebenen. Leben in Deutschland 1914/18 und 1939/45* (Sommersemester 2008), geleitet von Privatdozentin Dr. Katja Patzel-Mattern.

¹³ Der besseren Lesbarkeit halber verzichte ich im Folgenden zumeist auf langwierige (und gänzlich auf sprachlich falsche) geschlechtergerechte Pluralbildungen (wie „PazifistInnen“). Wie die Darstellung zeigen wird, gab es in der zu behandelnden Zeitspanne nicht wenige engagierte Pazifistinnen; die weibliche Form ist daher in aller Regel beim Lesen mitzudenken, um so die unzulängliche Geschlechtergerechtigkeit der „Männersprache Deutsch“ (Pusch 1984) wenigstens partiell zu kompensieren.

¹⁴ Chickering 1975.

¹⁵ Zur modernen bundesrepublikanischen Friedensbewegung vgl. Schmitt 1990.

den 1990er Jahren wieder deutlich abgeflacht. Besonders zwei Dissertationen haben zum besseren Verständnis der historischen deutschen Friedensbewegung beigetragen; zum einen ist die Untersuchung des Bochumer Historikers Friedrich Karl Scheer über die *Deutsche Friedens-Gesellschaft* zu nennen, zum anderen die Studie des Erlanger Historikers Wilfried Eisenbeiß, welche sich der dieser Arbeit zugrunde liegenden Thematik widmet: der deutschen Friedensbewegung im Ersten Weltkrieg.¹⁶ Nur wenige Jahre später, 1985, hat Dieter Riesenberger eine knappe Studie über die Geschichte der deutschen Friedensbewegung bis 1933 vorgelegt. Zusammen mit der Überblicksdarstellung von Karl Holl über den Pazifismus in Deutschland bis zur Gegenwart von 1988 darf Riesenbergers Werk als Zusammenfassung des bisherigen Forschungsstandes gelten.¹⁷

Seit Wolfgang Benz' Darstellung aus dem Jahr 1970 sind aber nicht nur wichtige historische Darstellungen, sondern auch einige bedeutende Quelleneditionen erschienen. Dazu hat unter anderem Benz selbst mit seiner kommentierten Quellenedition von 1988 beigetragen, auf die auch in vorliegender Arbeit zurückgegriffen wird.¹⁸ Vor allem ist aber die von Wilhelm Deist bearbeitete, zweibändige Quellenedition *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918* zu nennen, die bis heute als die wesentliche gedruckte Quellenedition zum interessierenden Thema gelten muss, und auf die deshalb auch in dieser Arbeit mit Vorzug zurückgegriffen wird.¹⁹ Ergänzend wird auf zwei Quelleneditionen von Cartarius und Lipp Bezug genommen, die ebenfalls Quellen unterschiedlicher Provenienz vereinen, in ihrer Ausrichtung jedoch auf ein breiteres Publikum (Lipp insbesondere in didaktischer Hinsicht) zielen.²⁰

Die Geschichte der bürgerlichen Friedensbewegung ist – als Geschichte einer radikalen, sehr kleinen gesellschaftlichen Minderheit – auch in Deutschland vor allem eine Geschichte einiger weniger Personen, die in organisatorischer, theoretisch-ideologischer und praktisch-politischer Hinsicht herausragend waren.²¹ Dazu zählt ohne Zweifel der Historiker, Politiker und spätere Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde (1858-1941), der von 1914-1929 der *Deutschen Friedens-Gesellschaft* vorstand und ohne den nach Einschätzung Friedrich Karl Scheers die Entwicklung der bürgerlichen Friedensorganisationen im interessierenden Zeitraum „kaum denkbar“ ist.²² Der Bremer Historiker Karl Holl hat mit seiner Edition der Quidde'schen Schrift *Der Pazifismus in Deutschland* eine sehr wichtige Quelle in Bezug auf die gesamte bürgerliche Friedensbewegung erschlossen, die grundlegend auch für die vorliegende

¹⁶ Scheer 1981; Eisenbeiß 1980.

¹⁷ Riesenberger 1985; Holl 1988.

¹⁸ Benz 1988.

¹⁹ Deist 1970a.

²⁰ Cartarius 1982; Lipp 2004.

²¹ Darauf haben bereits Benz (1988, 20) und Chickering (1975, Kap. 2) hingewiesen (vgl. ferner den personen-zentrierten Sammelband von Rayewski/Riesenberger 1987).

²² Scheer 1981, 288.

Studie ist.²³ Neben der Deist'schen Edition stellt sie in Bezug auf die Quellen die Hauptstütze der vorliegenden Arbeit dar.

Eine geschichtswissenschaftliche Arbeit, die sich detailliert allen Aspekten der Unterdrückung und Zensur der Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges widmet, steht noch aus.²⁴ Die vorliegende Studie will und kann diesen Anspruch nicht einlösen; eine solche Untersuchung erforderte – angesichts der vielfältigen nicht edierten Quellen, die geografisch weit auf verschiedene Archive verstreut sind – einen Arbeitsaufwand, der realistischerweise nicht unterhalb eines Dissertationsvorhabens seriös zu bewältigen ist.

Die Friedensbewegung hat in Deutschland später zu einer organisatorischen Institutionalisierung gefunden als in anderen westlichen Ländern.²⁵ Manche haben ob dieser Tatsache die Wehler'sche These vom „deutschen Sonderweg“ für den deutschen Pazifismus im Speziellen bestätigt gesehen.²⁶ Insbesondere der in weiten Gesellschaftskreisen, zumal dem Bürgertum, verbreitete „Militarismus“ und die – ebenfalls pointiert von Wehler konstatierte – „Dauerkrise“²⁷ zwischen politischer und gesellschaftlicher Ebene im Deutschen Kaiserreich von 1871 tragen demnach Schuld, dass der deutsche Pazifismus zu einer gesellschaftlich noch stärker randständigen und – vor allem – weniger wirkmächtigen soziopolitischen Kraft heranwachsen konnte als in anderen Ländern.

Die kritische Auseinandersetzung mit diesen Thesen bietet den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Zu fragen ist zunächst, ob der deutsche Bundesstaat von 1871 tatsächlich als „Militärstaat“ oder zumindest „militaristischer Staat“ gekennzeichnet werden kann. Anhand der Beschreibungen und Analysen zweier renommierter deutscher Historiker werden wir sehen, dass die historische Forschung in ihrem Urteil eine klare Tendenz andeutet, je nach Standpunkt des Analysierenden jedoch zu einem milderen oder schärferen Spruch gelangt (Abschnitt 2.).

War die organisierte deutsche Friedensbewegung im Vergleich tatsächlich ein ‚Spätstarter‘, und waren ihre Wurzeln tatsächlich dünner oder weniger kräftig als in anderen Ländern? In Abschnitt 3.1. soll der Gehalt dieser These geprüft werden, indem die Anfänge des organisierten deutschen Pazifismus' bis zum Anfang des Ersten Weltkriegs in groben Umrissen skizziert werden. Ausgehend von dieser doppelten Bestandsaufnahme – allgemein in Bezug auf den deutschen Staat und die deutsche Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und im

²³ Quidde 1979. – Holl hat darüber hinaus vor kurzem eine hoch gelobte (vgl. Chickering 2007; Niedhart 2007), sehr umfangreiche Biografie Ludwig Quiddes vorgelegt (Holl 2007). – Vgl. ferner Holl 1987; Rürup 1973.

²⁴ Eisenbeiß (1980) hat in seiner Arbeit kaum neues ungedrucktes Quellenmaterial herangezogen. Die Zensur- und Repressionsmaßnahmen sind bei ihm auf rund elf Seiten zusammengefasst (ibid., 138ff.). Quidde (1979) als betroffener Zeitzeuge widmete dem Komplex in seiner Darstellung immerhin 17 Seiten (ibid., 95ff.).

²⁵ Benz 1988, 8.

²⁶ So etwa Riesenberger 1985, 33.

²⁷ Wehler 1994, 104.

Speziellen hinsichtlich der organisierten Friedenspropagandisten – soll dann untersucht werden, in welcher konkreten Art und Weise die Friedensbewegung hierzulande in ihren inner- wie außerverbandlichen Aktivitäten zensiert – d.h. eingeschränkt, behindert, blockiert – wurde. Zu diesem Behufe wird zunächst auf die konkreten politisch-institutionellen und formaljuristischen Umstände eingegangen (Abschnitt 3.2.1.), und in deren Anschluss werden einzelne Maßnahmen im Detail besprochen (Abschnitt 3.2.2.): Warum wurden die Pazifisten als Bedrohung angesehen, und wie versuchten sie, den zunehmenden Bedrängungen zu begegnen?

Im Schlussteil (Abschnitt 4) werden die gewonnenen Erkenntnisse rekapituliert und die in dieser Einleitung präsentierten Thesen bzw. Fragen abschließend beantwortet.

2. Das Militär im Deutschen Kaiserreich, Oder:

War das Deutsche Reich von 1871 ein „Militärstaat“?

Die Beantwortung dieser Frage könnte ihrerseits den Raum mindestens einer Seminararbeit einnehmen.²⁸ Es ist daher an dieser Stelle äußerste Beschränkung notwendig. Ich will im Folgenden die interpretatorischen Standpunkte zweier einflussreicher deutscher Historiker, die sich schwerpunktmäßig mit dem wilhelminischen Zeitalter befasst haben, darlegen und auf dieser Deutungsgrundlage ein knappes Fazit ziehen.

Hans-Ulrich Wehler (*1931) und Thomas Nipperdey (1927-1992) sind die Historiker, deren Lesarten des soziopolitischen und -kulturellen Zustandes hier etwas eingehender behandelt werden sollen.

Wehler hat mit seiner gerafften Darstellung *Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918* (erstmalig 1973 erschienen) die vermutlich meistgelesene geschichtswissenschaftliche Einführung in deutscher Sprache zu dieser Epoche verfasst. Es ist eine strukturgeschichtlich ausgelegte Darstellung, die in allen ihren Kapiteln und Abschnitten die betont kritische Grundierung der Wehler'schen These des „deutschen Sonderweges“²⁹ atmet. In der Kommandogewalt des Kaisers etwa erblickt Wehler „ein Kernstück spätabsolutistischer Herrschaft“³⁰ und insgesamt urteilt er, dass „seit Bismarcks Entlassung eine Kapitulation der Politiker vor der als Sachzwang verkleideten militärischen Argumentation (sich vollzog).“³¹ Doch dies allein machte, so Wehler, noch lange nicht das ganze Übel des Militarismus aus, vielmehr „liegt das zentrale Problem in der Militarisierung maßgeblicher Gruppen der Gesamtgesellschaft“, dem „sozia-

²⁸ Der Klarheit halber sei hier noch einmal darauf verwiesen: Dieser Abschnitt handelt vom Deutschen Reich vor dem Juli 1914, d.h. im Friedenszustand.

²⁹ Zur Sonderwegs-These vgl. (für viele) Wehler 2003, 112ff., sowie id. 2007, 14f. und 113.

³⁰ Wehler 1994, 151.

³¹ Wehler 1994, 156.

le[n] Militarismus.“³² Wehler illustriert dies unter anderem am Beispiel der Kriegervereine, die wahrhaft beeindruckende Mitgliederzahlen erreichten (1910 circa 1,7 Millionen Mitglieder).³³ In der (Auf-)Rüstungspolitik, insbesondere der Flottenpolitik, erkennt Wehler das „Gegengewicht gegen die gefürchtete Parlamentarisierung“, welche „hinter der Außenseite modernster Waffentechnik der sozialdefensiven Verhinderung politischer und sozialer Modernisierung (diente).“³⁴

Der Bielefelder Historiker weist gleichzeitig darauf hin, dass es im Deutschen Kaiserreich von 1871 eine ablehnende Haltung im Militär nicht nur gegenüber Juden und Sozialdemokraten (beiden ohnedies) gab, sondern auch gegenüber Bürgerlichen, die als „Krypto-Demokraten“ beargwöhnt wurden.³⁵ Erstmals prononciert hat diese These der Berner Militärgeschichtler Stig Förster (*1951) vertreten, der argumentiert, dass man es im Deutschen Kaiserreich von 1871 mit zwei verschiedenen Militarismen zu tun gehabt habe, einem alten und einem neuen, welche sich dadurch unterschieden, dass Vertreter des alten Militarismus den Adelscharakter des Heeres möglichst konserviert wissen wollten – auch gegenüber Bürgerlichen – und daher der Vergrößerung des Heeres und der damit verbundenen Aufrüstung, zumal im Flottenbereich, äußerst reserviert gegenüber standen.³⁶ Gerade die Parlamentarisierung – durch die bürgerlichen Parteien im Reichstag – habe, so Försters These weiter, die Entwicklung hin zu einer größeren Flotte, einem größeren Heer befördert.³⁷ Thomas Nipperdey indes gibt zu Bedenken:

Man darf über mancherlei – auch bitteren – Dissensen zwischen politischer und militärischer Führung nicht übersehen, daß grundsätzlich ein Konsens bestand, der immer selbstverständlich blieb: Das Reich sollte ein national-imperialer Machtstaat sein und bleiben, ein monarchischer Obrigkeitsstaat mit den überlieferten militärstaatlichen Zügen.³⁸

Nipperdey kommt in seinem ebenfalls viel gelesenen Werk *Deutsche Geschichte 1800-1918* zu einigen Erkenntnissen, die sich mit jenen Wehlers decken. Auch Nipperdey konzediert, dass das Militär „dem Kern seiner inneren Struktur nach außerhalb der geschriebenen Verfassung stand“, und dass sich diese konstitutionelle Exzeption in der „Kommandogewalt“ des Königs und Kaiser zementierte.³⁹ Symptomatisch hat sich der extralegale Status des wilhelminischen Militärs in der sogenannten Zaberner Affäre von 1913 offenbart, als der „Staat im Staate“ für alle klar sichtbar wurde.⁴⁰ Nipperdey weist in diesem Zusammenhang auf einen

³² Wehler 1994, 158.

³³ Vgl. Wehler 1994, 164; vgl. auch Düding 1986.

³⁴ Wehler 1994, 166.

³⁵ Vgl. Wehler 1994, 162 (Zitat *ibid.*).

³⁶ Vgl. Förster 1985; *id.* 1986.

³⁷ Vgl. Förster 1994.

³⁸ Nipperdey 1998, 215.

³⁹ Nipperdey 1998, 202f. (Zitat *ibid.*, 202).

⁴⁰ Vgl. Nipperdey 1998, 216f. (Zitat *ibid.*, 217); vgl. auch Wehler 1979.

Punkt hin, der für die weitere Darstellung der vorliegenden Arbeit von eminenter Bedeutung sein wird: „Militärgewalt war das Reservoir für den Kriegs- und den (revolutionären) Ausnahmezustand.“⁴¹

Ähnlich wie Wehler konstatiert Nipperdey eine deutliche Diskrepanz zwischen sozioökonomischen Veränderungen auf der einen und dem Wandel von Mentalitäten und Einstellungen auf der anderen Seite.⁴² Auch folgt er Wehler in der Bewertung der Kriegervereine⁴³ und der Institution des Reserveoffiziers, in der er, analog zu Wehler, ein wichtiges Bindeglied zwischen Militär und Zivilgesellschaft ausmacht.⁴⁴ Zwar räumt Nipperdey ein, dass auch in anderen imperialen Gesellschaften (wie Frankreich oder England) die Bedeutung des Militärs zunahm, doch nur in Deutschland habe dies „die gesellschaftliche Zivilität eingeschränkt und dem Militär einen so entscheidenden Anteil an der politischen Führung erhalten und garantiert.“⁴⁵ Dabei, so Nipperdey, sei Krieg als legitimes Mittel der Politik wahrgenommen worden, ebenso wie imperiales Machtstreben und Machtpolitik; die Verrechtlichung internationaler Beziehungen hingegen galt als „Illusion oder Heuchelei.“ Man könne daher, meint Nipperdey, in Bezug auf Deutschland „von einer Militarisierung der Politik sprechen.“⁴⁶ Gleichwohl habe diese Politik aber – im internationalen Vergleich – keine exorbitanten Militärausgaben nach sich gezogen: Im „Rüstungswahn“ befand sich nicht nur das Deutsche Reich.⁴⁷

Darüber hinaus stimmt Nipperdey zumindest der Tendenz nach Wehler zu – wenn auch nicht dessen oft scharfen Bewertungen – hinsichtlich der Stellung des Militärs im politischen Institutionengefüge Deutschlands: Die Spannung nicht nur zwischen Militär und Parlament etwa, die der Verfassung des Bundesstaates – qua grundsätzlicher Kommandogewalt des Monarchen – immanent war, sondern auch zwischen Ersterem und der Reichsregierung stellt Nipperdey heraus. Alle militärischen Führungsstellen waren unmittelbar dem Kaiser unterstellt, wodurch „eine wenigstens relative Ämteranarchie und -polykratie oder ein bloßes Nebeneinander“ begünstigt wurde.⁴⁸ Für den Kriegsfall (und die Kriegsplanung) galt dies erst recht: „Es gab kein oberstes Beratungs- und Entscheidungsgremium.“⁴⁹

Der Absolutismus-These Wehlers hinsichtlich der Befehlsgewalt des Kaisers hält Nipperdey allerdings richtig den föderalen Charakter des Deutschen Reiches entgegen, durch welchen dessen Auktoritas zumindest abgemildert war: Es gab nach Einzelstaaten unterschiedene Teil-

⁴¹ Nipperdey 1998, 203.

⁴² Nipperdey 1998, 881.

⁴³ Vgl. Nipperdey 1998, 232.

⁴⁴ Vgl. Nipperdey 1998, 230f.; Wehler 1994, 159.

⁴⁵ Nipperdey 1998, 234.

⁴⁶ Nipperdey 1998, 237.

⁴⁷ Vgl. Nipperdey 1998, S. 239 (Zitat: *ibid.*).

⁴⁸ Nipperdey 1998, 210 (vgl. hierzu auch Art. 63 der Reichsverfassung, abgedr. in Huber 1986, Nr. 261).

⁴⁹ Nipperdey 1998, 211.

formationen, und in Bayern unterstanden die dortigen Truppen in Friedenszeiten gar dem Oberbefehl des bayerischen Königs – nicht des Kaisers.⁵⁰ Die föderalistische Eigentümlichkeit der deutschen Armee verdeutlichte sich auch in dem Faktum, dass es keinen gesamtdeutschen Wehr- oder Kriegsminister gab. Diese Rolle nahm aufgrund der preußischen Hegemonie im realpolitischen Alltag der preußische Kriegsminister ein.⁵¹

Je stärker jedoch in diesem verfassungstheoretisch zunächst offenen Spiel der Kräfte unter Wilhelm II. dann die reale Macht der Militärs, insbesondere des Großadmirals und Flottenpropagators Alfred von Tirpitz (1849-1930) in einem Nullsummenspiel zu Ungunsten der Regierung und des Reichskanzlers wuchs, stiegen „Konfliktbereitschaft und Aggressivität [und] wurden, obwohl sie natürlich auch zivile Wurzeln hatten, unter dem Einfluß der Militärs stärker, ja dominierend.“⁵² So war schon in Friedenszeiten die tatsächliche Machtstellung der Militärs eine kaum zu unterschätzende, im Kriegsfall aber war sie beinahe ohne Schranken. Selbst der sonst eher zurückhaltende Nipperdey schlägt in diesem Kontext recht deutliche Töne an, wenn er schreibt, „daß die deutsche Regierungsverfassung und Entscheidungsfindung von der Sonderstellung des Militärs geradezu pathologisch belastet, ja gestört war.“⁵³

Auch hier treffen Wehler und Nipperdey sich wieder in ihren Urteilen. Diese und andere Gemeinsamkeiten dürfen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die beiden in ihrer jeweiligen Gesamtschau zu anderen Bewertungen kommen. Nipperdey wendet sich scharf gegen die Sonderwegsthese, als deren bis heute prominentester und vehementester Fürsprecher Wehler selbst gelten darf:⁵⁴

Insgesamt ist die deutsche Geschichte sehr viel stärker in die westeuropäischen Entwicklungen eingebettet, als Nahperspektiven und die auf einen deutschen ‚Sonderweg‘ konzentrierte Nabelschau sehen lassen. Die Gemeinsamkeiten relativieren die Besonderheiten. (...) Ein Stück Geschichte ist immer – auch – ein Stück Vorgeschichte von etwas anderem; aber es gibt vieles, wovon es Vorgeschichte ist. (...) Jede geschichtliche Zeit, das ist die allgemeine Konsequenz aus diesen Beobachtungen, steht in einem Netzwerk von Vorgeschichten, dadurch relativieren sich die einzelnen Vorgeschichten gegenseitig. (...) Man muß lernen, mit der Vielfalt von Kontinuitäten und Diskontinuitäten zu leben, wenn man den Ort des Kaiserreichs in der deutschen Geschichte bestimmen will.⁵⁵

Die uns an dieser Stelle interessierende Frage ist jedoch selbstredend nicht jene, ob und inwieweit die Wehler'sche Gesamtbeurteilung des soziopolitischen Systems gerechtfertigt ist. Wir geben uns für den Fortlauf der Arbeit mit der Antwort auf die Frage zufrieden, ob das

⁵⁰ Vgl. Nipperdey 1998, 202; vgl. für Bayern Huber 1986, Nr. 261, Abschnitt XI, Schlussbestimmungen).

⁵¹ Vgl. Nipperdey 1998, *ibid.*

⁵² Nipperdey 1998, 213.

⁵³ Nipperdey 1998, 242.

⁵⁴ Vgl. FN 29 oben.

⁵⁵ Nipperdey 1998, 878ff.

Deutsches Kaiserreich von 1871 – mit guten Gründen – als Militärstaat bezeichnet werden kann.

Hans-Ulrich Wehler hat diese Frage mit seinem nachdrücklichen Hinweis auf den „sozialen Militarismus“ klar bejaht. Thomas Nipperdey argumentiert vorsichtiger; er versucht, die Ambivalenzen beziehungsweise „Grautöne“, wie er es nennt, stärker zum Ausdruck zu bringen. Seiner Ansicht nach darf man auch „die konsolidierte Kraft des deutschen National- und Verfassungsstaates nicht unterschätzen, den Bürgerstaat“, in welchen der Militärstaat jedenfalls „teilintegriert“ war.⁵⁶ Doch auch Nipperdey kommt zu dem Schluss, dass die Stellung des Militärs in Politik und Gesellschaft des Kaiserreiches eine sehr wichtige war, und dass sie, im Vergleich auch mit anderen Staaten Europas zu jener Zeit,

das herausragende Phänomen [war], politisch wie gesellschaftlich. (...) Kommandogewalt und Sondergeist des Militärs stützten sich gegenseitig, die Militärs waren zuerst Gefolgs, mannen' des Monarchen, nicht Staatsbürger.⁵⁷

Thomas Nipperdeys differenzierte Analyse hat viel für sich. Auf seinem Urteil bauend, darf dieser Abschnitt schließen mit der Feststellung: Nein, das Deutsche Kaiserreich war kein Militärstaat. Es war aber auch kein Zivilstaat, dem das Militärische fremd gewesen wäre. Das Militär spielte eine nicht zu unterschätzende Rolle – politisch, sozial und kulturell. Das Deutsche Kaiserreich war ein konstitutioneller, semidemokratischer Nationalstaat mit deutlich militaristischen Zügen. Im folgenden Abschnitt sollen einige Aspekte dieses Militarismus näher beleuchtet werden.

3. Die bürgerliche Friedensbewegung im Kaiserreich

3.1. Bescheidene Anfänge:

Die deutsche Friedensbewegung bis 1914

Die Anfänge der deutschen Friedensbewegung, ihre langsame und – im Vergleich zu anderen Nationen – verspätete organisatorische Konstituierung sind dank der verdienstvollen Studie von Roger Chickering gut erforscht;⁵⁸ die Beschränkung auf wesentliche Daten und Fakten in diesem Abschnitt fällt daher umso leichter.

Durchaus bezeichnend für die deutsche Friedensbewegung ist, dass „die Anregung zur Gründung pazifistischer Organisationen im Reiche nicht von deutschen, sondern von ausländischen Pazifisten ausging.“⁵⁹

⁵⁶ Nipperdey 1998, 250.

⁵⁷ Ibid.

⁵⁸ Chickering 1975. Vgl. außerdem zusammenfassend Holl 1988, Kap. 1-3; Scheer 1981, 24ff. – Zum ideengeschichtlichen Hintergrund vgl. ferner Bleisch/Strub 2006; Holl 1978.

⁵⁹ Scheer 1981, 35.

Der Erfolg von Bertha von Suttners (1843-1914) Antikriegsroman *Die Waffen nieder!*, der 1889 erstveröffentlicht wurde und als Bestseller sogleich einige Neuauflagen und auch Übersetzungen erfuhr, ermunterte die Verfasserin dazu, 1891 im österreichischen Teil der k.u.k.-Monarchie eine pazifistische Gesellschaft ins Leben zu rufen.⁶⁰ Nach dieser Gründung trieb Suttner auch in Deutschland ein solches Unternehmen voran, gemeinsam mit dem – ebenfalls österreichischen – Verlagsbuchhändler und Publizisten Alfred Hermann Fried (1864-1921).⁶¹ Ihren Anstrengungen war es geschuldet, dass sich in Berlin am 9. November 1892 ein nationaler Friedensverein, die *Deutsche Friedens-Gesellschaft*, konstituierte. Am 21. Dezember 1892 wurde in einer Vorstandssitzung der erste Präsident gewählt und die DFG für offiziell gegründet erklärt.⁶² Zu diesem Zeitpunkt existierten in anderen Staaten wie Großbritannien, Frankreich oder den USA bereits seit längerem nationale Friedensvereine.⁶³ Im Deutschen Reich indes hatte es zuvor nur wenige kleine, auf lokalen Aktionsradius begrenzte und völlig unbedeutende pazifistische Vereinigungen gegeben, z.B. den Frankfurter Friedensverein.⁶⁴ Welches waren die Gründe für diese augenfällige deutsche Sonderstellung?

Das Scheitern der Paulskirchenverfassung (und damit das Scheitern, eine liberal-demokratische politische Ordnung zu etablieren) wurde ins Feld geführt,⁶⁵ ferner die Schwäche des politischen Liberalismus im Allgemeinen und des Linksliberalismus im Besonderen,⁶⁶ auch die strikte Abgrenzung der sozialdemokratischen Pazifisten von der bürgerlichen Friedensbewegung, welche die Bürgerlichen bis ins erste Dezennium des 20. Jahrhunderts sogar mit Spott bedachten, der oft nicht wesentlich von jenem der militanten Rechten verschieden war.⁶⁷

Diese Faktoren sind zur Erklärung allesamt richtig und wichtig; gleichwohl wird die – im internationalen Vergleich – verspätete Geburt des organisierten bürgerlichen Pazifismus und seine im weiteren Zeitenlauf exzeptionelle soziopolitische Randständigkeit nur unter Beachtung der politischen Kultur und Mentalität des Deutschen Reiches von 1871 begreiflich: Pazifismus war hier, in den Worten Karl Holls, „kein akzeptiertes Element der politischen Kultur.“⁶⁸ Die Beeinflussung des Zivilen durch das Militärische prägte die Gesellschaft, und mit fortschreitender Zeit intensivierte sich im Kaiserreich immer mehr ein „Gesinnungsmilitarismus.“⁶⁹ Ludwig Quidde hat diese schleichende gesellschaftliche Militarisierung seiner Landsleute in der – freilich polemisch angelegten – Streitschrift *Der Militarismus im heutigen Deut-*

⁶⁰ Zu Bertha von Suttner s. Clemens 1987; Hamann 1991.

⁶¹ Zu Fried vgl. Riesenberger 1987.

⁶² Zur Gründungsgeschichte vgl. neben Chickering 1975, 44ff., auch Scheer 1981, 38ff.

⁶³ Vgl. Scheer 1981, 11ff.

⁶⁴ Vgl. Scheer 1981, 36.

⁶⁵ So Riesenberger 1985, 34.

⁶⁶ Vgl. Riesenberger 1985, 60f.

⁶⁷ Vgl. Eisenbeiß 1980, 76; Holl 1988, 90.

⁶⁸ Holl 1988, 60.

⁶⁹ Vgl. Düding 1986, 108 (Zitat *ibid.*, 104).

schen Reich 1893 pointiert herausgearbeitet.⁷⁰ Ein einfacher Vergleich der Mitgliederzahlen der DFG und der deutschen Kriegervereine ist in diesem Zusammenhang höchst aufschlussreich.⁷¹ Während der pazifistische Dachverband DFG im Jahre 1914, kurz vor Beginn des Weltkrieges, in rund 100 Ortsgruppen etwa 10.000 Mitglieder vereinte, zählten die deutschen Kriegervereine zum selben Zeitpunkt über 2,8 Millionen Mitglieder – keine andere Organisation, Sozialdemokratie und Gewerkschaften eingeschlossen, konnte mit derart vielen Mitstreitern aufwarten.⁷² Die Pazifisten waren ipso facto eine „numerische Minderheit“,⁷³ die Kriegervereine – mit ihren Aufmärschen und dem militärischen Gebaren ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit – dagegen „war[en] eine alltägliche Erscheinung in wilhelminischer Zeit.“⁷⁴

Nicht nur eine zahlenmäßige Minorität war die Friedensbewegung im Deutschen Reich, sondern auch eine „gesellschaftlich und politisch diskriminierte Minderheit.“⁷⁵

Angesichts der offensichtlichen extremen Minderheitenstellung im Sozialgefüge überrascht, mit welcher Verve und Vehemenz der bürgerliche Pazifismus in Deutschland bereits sehr früh, ja noch bevor er organisatorisch richtig gefestigt war, bekämpft wurde. Er wurde als „undeutsch“ diffamiert, der „Verweiblichung des deutschen Wesens“ geziehen, ihm wurde ein „internationalistisch-jüdischer Charakter“ zugeschrieben und seine Protagonisten wurden der unpatriotischen, gar staatsfeindlichen bzw. landesverräterischen Gesinnung beschuldigt.⁷⁶ Derartige Anwürfe kamen nicht nur von der politischen extremen Rechten: Die Friedensbewegung erfuhr insgesamt außerhalb des parteipolitisch (wie elektoral) sehr kleinen Bereichs der Linksliberalen – Deutsche Volkspartei, später Fortschrittliche Volkspartei – „schroffe Zurückweisung“ – wie erwähnt auch von sozialdemokratischer Seite.⁷⁷

Auch diese entschieden artikulierte Gegnerschaft der Mehrheitsgesellschaft und das Unverständnis, auf das die Pazifisten in dieser stießen, wird erst unter Hinzuziehung sozialpsychologischer Motive vollends erklärlich. Hierzu müssen gewisse soziale und weltanschauliche Charakteristika der deutschen Friedensbewegung näher erläutert werden.

Die schmale politische Basis wurde bereits erwähnt: Lediglich dort, wo der (Links-)Liberalismus als politische Kraft traditionell stärker verwurzelt war, im Süden des Reiches – na-

⁷⁰ Quidde 1977, 103ff.

⁷¹ Die deutschen Kriegervereine nahmen bereits seit den 1870er Jahren nicht nur aktive Teilnehmer des Krieges von 1870/71 auf, sondern jeden ehemals in einer deutschen Armee Gedienten (vgl. Düding 1986 m.w.H.). Schon aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht (hierzu Förster 1994) war deren Zahl natürlich sehr beachtlich.

⁷² Holl 1988, 79; Düding 1986, 101. – Auch im Vergleich zu anderen imperialistischen bzw. militaristischen Vereinen wie dem Alldeutschen Verband (1905: 130.000 Mitglieder) oder dem Flottenverein (36.000 Mitglieder) mutet die Mitgliederzahl der DFG sehr gering an (Zahlen zit.n. Eisenbeiß 1980, 38).

⁷³ Riesenberger 1985, 42.

⁷⁴ Düding 1986, 101.

⁷⁵ Riesenberger 1985, 42.

⁷⁶ Vgl. Riesenberger 1985, 90f.; Scheer 1981, 54f.

⁷⁷ Vgl. Eisenbeiß 1980, 65ff.; Holl 1988, 88ff. (Zitat *ibid.*, 88).

mentlich in Württemberg und Baden –, war auch die DFG vergleichsweise stärker.⁷⁸ Die zunehmende Schwäche des parteipolitischen Linksliberalismus, für die neben parteilicher Zersplitterung auch sozioökonomische Veränderungen im Elektorat ursächlich waren, kam erschwerend hinzu.⁷⁹ Obgleich der organisierte Pazifismus der DFG enge programmatische Berührungspunkte mit linksliberalen Parteien hatte, war die Gesellschaft sehr darauf bedacht, sich von Partei- und Tagespolitik fernzuhalten. Der Friedensbegriff der bürgerlichen Pazifisten war ausschließlich auf die Außenpolitik fokussiert, und hier galt: zuerst Friedenssicherung, dann Abrüstung bzw. Rüstungsbeschränkung; der Schiedsgerichtsgedanke und die Einbindung der Staaten in eine gemeinsame Organisation waren dabei zentrale Programmpunkte.⁸⁰ „Theoriedefizit und [...] Politikferne waren auffallende Merkmale des deutschen Pazifismus in seiner Frühzeit.“⁸¹ Die Gründe dafür lagen in den Charakteristika der bürgerlichen pazifistischen Ideologie: Diese waren bestimmt von einem liberal-evolutionistischen, naturwissenschaftlich-positivistisch fundierten Glauben an die sittlich-ethische Vervollkommnung bzw. Perfektibilität des Menschen.⁸² Suttner, die „Ahnfrau des deutschen Pazifismus“,⁸³ ließ sich in ihrer Friedenspropaganda von einer moralisch-idealistischen, emotional aufgeladenen Grundhaltung leiten,⁸⁴ die ihr auch von dem Pazifismus wohlgesonnener Seite bissigen Hohn eintrug.⁸⁵ Andere – wie Fried – betonten die mechanistisch-technokratische Eigenart des ihnen naturgesetzlich erscheinenden Prozesses zu einer perfekten, i.e. völlig pazifizierten Welt.⁸⁶ Entsprechend kennzeichnete ein „starre[r] Doktrinarismus“⁸⁷ und eine dogmatische „Ausklammerung jeder Tagespolitik“⁸⁸ die pazifistische Programmatik der bürgerlichen Friedensbewegung – Letzteres sollte sich erst im Laufe des Ersten Weltkrieges grundlegend än-

⁷⁸ Allein etwa die Hälfte aller DFG-Ortsgruppen befand sich um 1900 im Württembergischen (vgl. Scheer 1981, 59ff.).

⁷⁹ Vgl. Holl 1988, 61ff.; Riesenberger 1985, 60f. – Entsprechend befand sich der organisierte Pazifismus Ende des 19. Jahrhunderts in einer Krise; erst um die Jahrhundertwende stiegen die Mitgliedszahlen wieder (vgl. Holl 1988, 48ff.).

⁸⁰ Vgl. Eisenbeiß 1980, 41f.; Scheer 1981, 76f., 179ff.

⁸¹ Scheer 1981, 71.

⁸² Diese Denkhaltung, entsprungen der Übertragung von Grundprinzipien des Darwin'schen Theoriegebäudes auf soziale Kontexte, wie sie für ideologische Begründungen sehr unterschiedlicher politischer Richtungen in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts charakteristisch war, hat mancherlei Gemeinsamkeiten mit der Lebensreform-Bewegung und der frühen Rassenhygiene (vgl. Jesenitschnig 2009).

⁸³ Benz 1988, 12.

⁸⁴ Vgl. etwa Lipp 2004, Nr. 1.8.

⁸⁵ So spottete Carl von Ossietzky (1889-1938) 1924 über die „Friedensbertha“: „Wie so viele Frauen, die aus reiner Weiberseele für die Verwirklichung eines Gedankens kämpfen, (...) glitt sie in Chimärische, glaubte, bekehrt zu haben, wo sie ein paar Krokodilstränen entlockt hatte, blieb sie im Äußerlichen haften, (...) und streifte sie in der Art, sich zu geben, da ihr die prägnante Form mangelte, schließlich den Kitsch.“ (zit.n. Benz 1988, 13).

⁸⁶ Vgl. Holl 1988, 58f.; Riesenberger 1985, 51, 56; Scheer 1981, 64ff. – Aus dieser Haltung resultierte nach Beginn des Ersten Weltkriegs die zuweilen von Pazifisten geäußerte Meinung, man solle nicht für eine rasche Beendigung des Krieges eintreten, sondern besser Konzepte für die Friedensordnung in der Zeit danach erarbeiten (vgl. Holl 1988, 103ff.; Scheer 1981, 244f., 324ff.).

⁸⁷ Scheer 1981, 72.

⁸⁸ Benz 1988, 11.

dem. Das ängstliche Bemühen um ein dem tagespolitischen Geschehen möglichst fernes, ja apolitisches Auftreten hatte – neben der im politischen Konformitätsdruck der Zeit begründeten Furcht, als unpatriotisch zu gelten (was, wie gesehen, ihre Gegner bei diesem Vorwurf kaum zu bremsen vermochte) – auch einen rechtlichen Hintergrund, welcher in der restriktiven preußischen Vereinsgesetzgebung zu suchen ist: Demnach war die „organisatorische Zusammenfassung politischer Vereine ebenso verboten wie der Eintritt von Jugendlichen und Frauen in politische Vereine.“⁸⁹

Gerade Frauen stellten jedoch für die Ortsgruppen der DFG eine sehr wichtigen Teil der Mitgliederschaft dar; ihr Anteil lag signifikant hoch und betrug teilweise ein Viertel oder ein Drittel aller Mitglieder.⁹⁰ Insbesondere waren Vertreterinnen jenes radikalen Minderheitenflügels der bürgerlichen Frauenbewegung in der Friedensbewegung ausnehmend aktiv, welcher nicht nur für den Zugang von Frauen zu höheren Bildungseinrichtungen und zu erwerbsmäßiger Arbeit kämpfte, sondern überdies gegen die – in der organisierten Frauenbewegung ebenfalls vorherrschende – nationalistisch-imperialistische Stimmung auftrat und auf diese Weise gewissermaßen die Minderheit einer Minderheit darstellte.⁹¹ Indem diese Frauen aber auch ein neues Element – die Ablehnung von und den Kampf gegen die patriarchalische Gesellschaftsstruktur – in den bürgerlichen Pazifismus einbrachten, zog dieser eine doppelte Schmähkritik auf sich: Nicht nur „verweiblicht“ sei er, sondern – weil Männlichkeit und ‚hartes‘ Soldatentum in eins gesetzt wurden – auch „verweichlicht.“⁹²

Die übrige Mitgliederschaft der DFG entsprach in ihrer sozialen Schichtung weitgehend jener des parteipolitisch organisierten Liberalismus,⁹³ wengleich aufgrund teilweise verschollenen Quellenmaterials nur eine annähernde Auskunft möglich ist.⁹⁴ Bei der – anonym bleibenden – Masse der Mitglieder dominierten demnach kleine Kaufleute, darauf folgten akademisch oder nicht akademisch gebildete Intellektuelle, sodann – bereits deutlich schwächer vertreten – freiberuflich Tätige als dritte Gruppe (wie Ärzte, Anwälte und Apotheker) und Angehörige aus dem (meist kommunalen) öffentlichen Dienst als vierte. Unter den klar Unterrepräsentierten stehen vor allem die (protestantischen) Geistlichen ins Auge, weiter finden sich auffallend wenige Gymnasial- und Hochschullehrer, Vertreter des Großbürgertums, Landwirte und Arbeiter unter den Mitgliedern der DFG.⁹⁵ Im wilhelminischen Bil-

⁸⁹ Riesenberger 1985, 63.

⁹⁰ Vgl. Holl 1988, 55.

⁹¹ Zu den bedeutendsten Exponentinnen zählen u.a. Minna Cauer (1841-1922), Anita Augspurg (1857-1943), Margarete Selenka (1860-1923), Lida Gustava Heymann (1868-1943) und Helene Stöcker (1869-1943) (vgl. Brinker-Gabler 1980; Gerhard 1990).

⁹² Vgl. Holl 1988, 56f.; Riesenberger 1985, 66.

⁹³ Vgl. Riesenberger 1985, 72f.

⁹⁴ Vgl. Chickering 1975, 72; Eisenbeiß 1980, 27.

⁹⁵ Vgl. Chickering 1975, 72ff.; Eisenbeiß 1980, 51f.; Holl 1988, 54f.; Scheer 1981, 116ff.

dungsbürgertum hatte der bürgerliche Pazifismus offensichtlich sehr wenig Rückhalt, ebenso in kirchlichen Kreisen: Die evangelische Kirche, schon durch Organisationsform und Lehrinhalte anfällig für weltliche Autoritätshörigkeit, verstand sich weithin als religiöse Rechtfertigungsinstanz und Stütze des politischen Status quo im Reich, doch auch die katholische Kirche – mit ihrem politischen Arm, dem Zentrum – versuchte, durch beständige Belege ‚nationaler Zuverlässigkeit‘ in Wort und Tat den Ruch des reichsfeindlichen Ultramontanismus abzustreifen.⁹⁶

Erst diese soziopolitische und -psychologische Gemengelage im Deutschen Reich macht, in Verbindung mit den geschilderten sozialen und ideologischen Charakteristika der bürgerlichen Friedensbewegung, die vehemente Abwehr und Gegnerschaft der Mehrheitsgesellschaft ihr gegenüber – einer „Quantité négligeable“⁹⁷ – verstehbar. Sie wurde mit ihren inhaltlichen Positionierungen nicht nur als Gefahr für die politische Ordnung, sondern – und dies wiegt vermutlich noch schwerer – auch als potenzielle Störkraft für die „psychosoziale Stabilität der Gesellschaft“⁹⁸ empfunden und, bewusst oder unbewusst, als Angriff auf die in ihr vorherrschenden nationalistischen Feindbilder, den dominanten national-imperialistischen Patriotismus – der sich bis zum sozialdarwinistisch konnotierten Bellizismus steigern konnte – sowie, zumindest mit Blick auf die pazifistischen Frauenrechtlerinnen, auch die sozial akzeptierte Rollenverteilung der Geschlechter interpretiert.⁹⁹ Dieter Riesenberger hat daher zu Recht konstatiert: „Die bürgerliche Friedensbewegung war nicht nur eine diskriminierte Minderheit im kaiserlichen Deutschland; sie war ein Fremdkörper.“¹⁰⁰

Während aber dieser „Fremdkörper“ in Friedenszeiten durch leidlich funktionierende rechtsstaatliche Normen zumindest vor staatlicher Drangsalierung geschützt war, änderte sich dieser Zustand mit Beginn des Ersten Weltkrieges – zuerst allmählich, dann, ab dem zweiten Kriegsjahr, recht drastisch und deutlich. In den folgenden Abschnitten sollen die rechtlich-politischen Umstände, unter denen die Repression der Pazifisten stattfinden konnte, sowie exemplarisch einige praktische Maßnahmen gegen die organisierte Friedensbewegung und deren Begründung genauer untersucht werden.

⁹⁶ Vgl. Eisenbeiß 1980, 82f.; Riesenberger 1985, 82f.; Holl 1988, 86f.

⁹⁷ Holl 1988, 83.

⁹⁸ Holl 1988, 85.

⁹⁹ Vgl. Holl 1988, 83ff.

¹⁰⁰ Riesenberger 1985, 97.

3.2 Zensur und Propaganda, Repression und Verhinderung: Militär, Innenpolitik und die deutsche Friedensbewegung während des Ersten Weltkrieges

3.2.1. Die rechtlich-politischen Umstände

Der Beginn des Ersten Weltkrieges schockierte die Pazifisten und versetzte sie in tiefe Erschütterung,¹⁰¹ die ihre Ursache in der – auf der theoretischen Prämisse eines evolutionistischen Pazifizierungsprozesses basierenden – fatalen Fehleinschätzung der internationalen politischen Lage hatte.¹⁰² Die Kriegssituation setzte die Friedenslobbyisten unter gewaltigen psychosozialen Druck: Einerseits befanden sie sich in einer ‚Loyalitätsfalle‘ – zwischen dem eigenen Nationalstaat und dem internationalen Pazifismus –;¹⁰³ andererseits wurden sie durch die allgemein verbreitete Überzeugung, das Deutsche Reich führe einen Verteidigungskrieg – ja einen Kampf um seine Existenz –, welche insbesondere in den bürgerlichen Mittelschichten und unter den Intellektuellen von einer kollektiven Welle nationalistischer Emotionalität begleitet wurde,¹⁰⁴ enorm in die Defensive gedrängt. Noch waren die bellizistische Monstrosität des ersten „modernen Maschinenkrieges“¹⁰⁵ der Welt und die von den Alldeutschen initiierte – und schnell immer maßlosere Formen annehmende – Debatte über deutsche Annexionen nicht abzusehen, und nicht wenige Friedensfreunde wankten oder liefen sogar in das Lager der Kriegsbefürworter über, wobei die Argumentation, dass man vor allem einen Krieg gegen das zaristische Russland – den Hort der Reaktion und Unterdrücker vieler Völker – führe, als willkommene Rechtfertigung diene.¹⁰⁶ Selbst Pazifisten der ersten Reihe wünschten kurzfristig den Mittelmächten den Sieg; Alfred Fried etwa schrieb in der *Friedens-Warte*, dem Organ der DFG, im August 1914:

Ein rascher, ehrenvoller Friede, der niemanden zu sehr verletzt und dann – die volle Kraft nach Osten gegen die Unkultur. Es könnte so aus diesem Gemetzel ein neues, glücklicheres Europa entstehen.¹⁰⁷

Unter dem berühmten (und berüchtigten) *Aufruf an die Kulturwelt* vom September 1914, der von 93 deutschen Gelehrten unterzeichnet wurde und die deutsche Kriegserklärung vor

¹⁰¹ Vgl. etwa die Empfindungen des Pazifisten Hellmut von Gerlach (1866-1935) sowie Heymanns und Augspurgs, abgedr. in Lipp 2004, Nr. 2.4.f.

¹⁰² Vgl. Holl 1988, 103f.; Scheer 1981, 236ff. – Diese Fehleinschätzung spiegelt sich z.B. in einer selbstkritischen Aussage Otto Umfrids (1857-1920), des zweiten Vorsitzenden der DFG, vom September 1914: „So wie die Dinge in der Friedensbewegung liegen, hatte ich oft den Eindruck, daß man versuchte, einen in den Abgrund rollenden Lastwagen mit einem Seidenfaden aufzuhalten.“ (zit.n. Eisenbeiß 1980, 96. – Zu Otto Umfrid s. Donat 1987; Scheer 1981, 100f.).

¹⁰³ Vgl. z.B. das „Zweite Kriegsflugblatt“ der DFG vom 15.8.1914 (abgedr. in Quidde 1979, Beilage Nr. 2); vgl. ferner Eisenbeiß 1980, 100, 104; Scheer 1981, 253.

¹⁰⁴ Mommsen 2004, 138; vgl. auch Fries 1994; Mommsen 1996.

¹⁰⁵ Mommsen 2004, 150; s. ferner Hirschfeld et al. 2009.

¹⁰⁶ Dieser – nicht selten anti-slawisch konnotierten – Rechtfertigung bedienten sich im Übrigen auch einige ‚burgbefriedete‘ Sozialdemokraten (vgl. Eisenbeiß 1980, 103; Scheer 1981, 243, 317).

¹⁰⁷ Zit.n. Eisenbeiß 1980, 101. – Vgl. auch Otto Umfrids nationalistische Aufwallungen (zit. in *ibid.*).

dem Ausland rechtfertigen sollte, standen auch einige Namen prominenter Wissenschaftler, die zuvor in der Friedensbewegung zu finden waren – oder ihr nahe standen – und sich pazifistischer Gesinnung rühmten.¹⁰⁸ Ein Gegenaufruf (*Aufruf an die Europäer*¹⁰⁹) fand lediglich vier Unterzeichner.¹¹⁰ Die organisierte Friedensbewegung musste während der ersten Kriegswochen empfindliche Mitgliederverluste ertragen.¹¹¹

Mit der kaiserlichen Verkündung des Kriegszustandes am 31. Juli 1914¹¹² trat gleichzeitig im gesamten Reichsgebiet – mit Ausnahme des Königreichs Bayern¹¹³ – das *Gesetz über den Belagerungszustand* von 1851 in Kraft,¹¹⁴ welches Teile der Reichsverfassung außer Kraft setzte und den Militärbefehlshabern – die vom Kaiser ernannt wurden und nur dieser Reichenschaft pflichtig waren – die exekutive Gewalt im Inneren übertrug:¹¹⁵ „[S]ie sie besaßen gewissermaßen diktatorische Vollmachten.“¹¹⁶ Paragraph 5 des Gesetzes gestattete die Suspendierung des Rechtes, „durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern“,¹¹⁷ und Paragraph 9 legte fest, dass, wer ein „im Interesse öffentlicher Sicherheit erlassenes Verbot übertritt“, mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden konnte.¹¹⁸ Insgesamt gab es im Reich (exklusive Bayern) 57 Militärbefehlshaber – die Stellvertretenden Kommandierenden Generale in ihren Armeekorpsbereichen (i.e. die Generalkommandos) und die Befehlshaber der Festungen –, deren Gebiete sich jedoch nicht an der föderalen Staatsstruktur, sondern zumeist an Kreisgrenzen orientierten.¹¹⁹ Diese 57 verschiedenen Stellen waren auch für die Zensur der Presse und sonstiger öffentlich publizierter Schriften (wie Denkschriften, Flugblätter, etc.) zuständig;¹²⁰ sie konnten zudem „Vereine, deren Zweck (...) der Kriegsführung zuwider läuft“, auflösen sowie angemeldete Versammlungen „ohne Angabe von Gründen“ verbieten.¹²¹ Auf ihre neue Aufgabe waren die militärischen Einrichtungen jedoch nicht vorbereitet, sodass es in den Anfangsmonaten des Krieges große Rechtsunsi-

¹⁰⁸ Dazu gehörten die Ökonomen Lujo Brentano (1844-1931) und Gustav von Schmoller (1838-1917), der Völkerrechtler Franz von Liszt (1851-1919), der Historiker Karl Lamprecht (1856-1915), der Astronom Wilhelm Foerster (1832-1921) und der Biologe Ernst Haeckel (1834-1919) (vgl. Eisenbeiß 1980, 101; Holl 1988, 105). Vgl. zum ganzen Komplex auch Ungern-Sternberg/Ungern-Sternberg 1996).

¹⁰⁹ Abgedr. in Lipp 2004, Nr. 2.10.

¹¹⁰ Vgl. Eisenbeiß 1980, 111.

¹¹¹ Vgl. Holl 1988, 107.

¹¹² Deist 1970a, Nr. 3.

¹¹³ Die abweichenden Bestimmungen für Bayern ergaben sich aus den Schlussbestimmungen des XI. Abschnitts der Reichsverfassung (Huber 1986, Nr. 261). Details hierzu bei Deist 1970b, XXXIX u. Koszyk 1973, 153ff.; vgl. auch Deist 1970a, Nr. 68. – Die Verwicklungen, die sich daraus v.a. mit den militärischen Stellen in Berlin ergaben, schildert exemplarisch Quidde 1979, 212.

¹¹⁴ Abgedruckt in Huber 1961, Nr. 169.

¹¹⁵ Vgl. Deist 1970a, Nr. 5.

¹¹⁶ Nipperdey 1998, 786.

¹¹⁷ Vgl. Eisenbeiß 1980, 138f.

¹¹⁸ S. FN 114 oben.

¹¹⁹ Vgl. Deist 1991, 135; id. 2002, 376f. u. die tabellarische Übersicht bei Deist 1970a, Anlage 1 (1403ff.).

¹²⁰ Vgl. Deist 1970a, Nr. 53 u. 72.

¹²¹ Vgl. Deist 1970a, Nr. 77 (Zitate S. 191).

cherheit gab und stark voneinander abweichende Exekutivpraktiken festzustellen waren.¹²² Bald schon gab es Versuche, die Zensurmaßnahmen zu vereinheitlichen – 1914 wurde eine Oberzensurstelle beim Generalstab des Feldheeres installiert, 1916 ein Oberbefehlshaber für das gesamte Reichsgebiet berufen –, doch alle neu geschaffenen übergeordneten Stellen hatten gegenüber den Militärbefehlshabern kein Weisungsrecht; sie konnten nur Empfehlungen aussprechen.¹²³ Ludwig Quidde berichtet in seiner Darstellung über den deutschen Pazifismus während des Krieges immer wieder über die unterschiedlichen Auffassungen verschiedener Militärbefehlshaber bezüglich einer Zensur; so wurden Schriften, deren Publikation anderswo im Reiche genehmigt worden war, in Berlin verboten.¹²⁴

Die organisierte Friedensbewegung versuchte, sich im Rahmen der plötzlich völlig veränderten Lage im Reich anzupassen. Als die Friedensfreunde den ersten Schock über den Kriegsbeginn überwunden hatten, begannen sie, sich humanitär zu betätigen;¹²⁵ damit, glaubten sie zunächst, gelänge ihnen der Spagat zwischen der Bekundung nationaler Loyalität und dem Hochhalten ihrer pazifistischen Ideale. Bald schon wurden ihnen diese Tätigkeiten jedoch erschwert und schließlich am 30. Mai 1915 verboten – der militärischen Exekutive war die „indirekte Propaganda“ ein Dorn im Auge gewesen.¹²⁶

Erste Konflikte mit den neuen Machthabern in der ausführenden Gewalt ergaben sich für die Friedensbewegung 1915 auch schon im Bereich des Pressewesens; so konnte der seit Ende 1914 unter Vorzensur gestellte *Völkerfriede* – neben der *Friedens-Warte* das zweite Organ der DFG – oft nur noch mit Zensurlücken erscheinen,¹²⁷ und ab dem Herbst 1915 wurden die Zensur- und Repressionsmaßnahmen deutlich verschärft. Es geht nicht fehl, wer diese Verschärfung in ursächlichen Zusammenhang mit der sich rapide verschlechternden Stimmung in der allgemeinen Bevölkerung in Verbindung bringt.¹²⁸ Die Zuversicht, rasch zu siegen, wie sie für weite Teile jedenfalls des Bürgertums charakteristisch war, wich einer Ernüchterung, die mit der zunehmenden Verknappung von Nahrungsmitteln vor allem für die städtische Bevölkerung seit Beginn des Jahres 1915 korrelierte.¹²⁹ Hunger war, wie Thomas Nipperdey schreibt, „die zentrale besondere Erfahrung der Heimat“, eine „tägliche, wachsende, zermür-

¹²² Vgl. Eisenbeiß 1980, 139; Holl 1988, 122f.; Scheer 1981, 281.

¹²³ Vgl. Deist 1970a, Nr. 54, 75; s. auch Deist 1991, 156; id. 2002, 377f.

¹²⁴ Quidde 1979, 148, 212f.

¹²⁵ Z.B. in der Kriegsgefangenenhilfe, bei der ihnen ihre vielfältigen internationalen Verbindungen zupass kamen (vgl. Lipp 2004, Nr. 3.15; vgl. auch Eisenbeiß 1980, 112f.; Holl 1988, 108).

¹²⁶ Vgl. Quidde 1979, 104 (Zitat ibid.).

¹²⁷ Vgl. Lipp 2004, Nr. 4.3.; Quidde 1979, 99.

¹²⁸ Vgl. Cartarius 1982, Nr. 195.

¹²⁹ Vgl. Cartarius 1982, Nr. 190 u. 192.

bende Erfahrung, eine aufdringlich massive Wirklichkeit“, die im Kohlrübenwinter 1916/17 kulminierte und sich in zahlreichen Hungerunruhen entlud.¹³⁰

Mit dem Hunger kam die Kriegsverdrossenheit einher – das Eintreten der Pazifisten für einen sogenannten Verständigungsfrieden, bei dem keine der Kriegsparteien desavouiert würde, stieß auf immer breitere Zustimmung und die Friedensbewegung konnte seit Ende 1914 einen erheblichen Mitgliederzuwachs verbuchen.¹³¹

Wilfried Eisenbeiß hat die These aufgestellt, dass die anschwellende Unterdrückung der Friedensbewegung nicht sosehr militärischer Sicherheit oder ihrer Wirkung im (feindlichen) Ausland geschuldet gewesen ist – beides gehörte zum Standardrepertoire der (ohnedies seltenen) Begründungen in Zensur- und Verbotsfällen –,¹³² sondern vor allem dem nationalen ‚Burgfrieden‘, den man unter allen Umständen – notfalls auch mit rechtlich zweifelhaften, gar extralegalen Mitteln – aufrecht erhalten zu müssen glaubte.¹³³ Bestätigt wird diese Mutmaßung durch ein vertrauliches Schreiben des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921) vom 9.12.1915, in dem dieser formulierte:

Dem ungeheuren Blutvergiessen [sic] und der entsetzlichen Menschenschlächterei wird ein Pazifismus folgen, der, wenn er einer alldeutsch militaristischen Politik begegnen sollte, leicht die gefährlichen Formen des Antimilitarismus annehmen könnte. Über alle diese Gefahren können und werden wir hinwegkommen, wenn die ungeheure von uns im Innern zu bewältigende Arbeit eine Nation vorfindet, die [...] einem gemeinsamen Ziel zustrebt.¹³⁴

Zu diesen beiden Beweggründen – der Kriegsmüdigkeit infolge Hungers und des Hochhaltens des ‚Burgfriedens‘ – kam ein Drittes: die öffentliche Debatte um Kriegsziele, die bereits durch die Ende 1914 verbreitete Denkschrift des Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß (1868-1953), ausgelöst worden war.¹³⁵ Die Verbreitung der Claß’schen Publikation wurde dann zwar behördlich verboten,¹³⁶ doch die Kriegszieldiskussion ließ sich dadurch allenfalls bremsen, nicht verhindern. Das daraufhin einsetzende Crescendo an Forderungen ultranationalistischer Annexionisten – die, wie eine Eingabe sechs maßgeblicher Wirtschaftsverbände im Mai 1915 an den Reichskanzler anzeigte, im Westen wie im Osten große Flächen Landes „erwerben“ bzw. „eingliedern“ wollten, unter anderem Belgien, Polen und wirtschaftlich attraktive Teile Frankreichs –¹³⁷ rief die organisierten Pazifisten auf den Plan, die diese maßlosen und die tatsächliche Kriegslage karikierenden Planspiele mit ihren Argu-

¹³⁰ Nipperdey 1998, 855. – Deist (1991, 160) vermerkt, dass die Bericht der Militärbefehlshaber seit März 1916 einen Abschnitt „Stimmung der Zivilbevölkerung“ enthielten. Vgl. auch Deist 2002, 378f.; Kocka 1973, 40ff. sowie exemplarisch Lipp 2004, Nr. 4.10., zu den Hungerunruhen.

¹³¹ Vgl. Quidde 1979, 96; Riesenberger 1985, 107f.

¹³² Vgl. Eisenbeiß 1980, 142f.; Quidde 1979, 147; s. auch Abschnitt 3.2.2. unten.

¹³³ Eisenbeiß 1980, 144. – Vgl. ganz ähnlich auch Holl 1988, 122.

¹³⁴ Abgedr. in Deist 1970a, Nr. 119 (Zitat S. 275).

¹³⁵ Vgl. Scheer 1981, 297.

¹³⁶ Vgl. Deist 1970a, Nr. 92.

¹³⁷ Vgl. Holl 1988, 119f.; Koszyk 1979, 179; Nipperdey 1998, 802ff.; Scheer 1981, 298ff.

menten für einen Verständigungsfrieden kontern wollten. Obwohl die aggressiven Konzepte für einen ‚Siegfrieden‘ in der zivilen Politik, der Reichsregierung zumal, nicht immer auf Gegenliebe stießen – insgeheim zählten die politischen Scharfmacher auch Kanzler Bethmann Hollweg zu den „Flaumachern“ –, kam es seitens der zensurierenden Militärbehörden zu einer eklatanten Ungleichbehandlung der beiden opponierenden Seiten, woraufhin sich am 1.12.1915 die DFG mit einer Eingabe „betreffend Kriegsziele und deren Erörterung“ an den Reichstag wandte.¹³⁸

Zwar wurde die Kriegszieldiskussion schließlich am 25.11.1916 von den Militärbefehlshabern freigegeben,¹³⁹ doch in einer ident datierten, ergänzenden Erläuterung der Oberzensurstelle an alle Zensurstellen heißt es:

Bei aller Betonung unseres ehrlichen Friedenswillens, der ja auch aus den Reden des Kanzlers spricht, darf deshalb nie vergessen werden, daß Kraftbewußtsein und Zuversicht aus jeder Zeile der deutschen Presse sprechen müssen, wenn die Kriegszielerörterungen mit dazu beitragen sollen, den schon so lange tobenden blutigen Krieg zu verkürzen.¹⁴⁰

In der rechten, den Alldeutschen und der Schwerindustrie nahe stehenden Presse, etwa der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*,¹⁴¹ wurden zu dieser Zeit die Friedenspropagandisten schon als mögliche Sündenböcke registriert: Unter dem Titel *Schüsse in den Rücken* wurde der nach dem Krieg in Umlauf gebrachten Dolchstoßlegende – wonach das deutsche Heer „im Felde unbesiegt“ gewesen, die Daheimgebliebenen ihr aber „in den Rücken gefallen“ seien – bereits im September 1915 vorgegriffen, indem pazifistische Anstrengungen beschrieben wurden als „Dolchstöße, die den Rücken unserer für den deutschen Gedanken streitenden Krieger treffen.“¹⁴²

3.2.2. Zensur und Repression pazifistischer Organisationen und Persönlichkeiten

Die einzelnen Zensur- und Repressionsmaßnahmen der Militärbehörden gegen den organisierten Pazifismus lassen sich für die Analyse in zwei Bereiche gliedern, die freilich empirisch eng miteinander verknüpft waren: Handlungen gegen die Organisationen selbst (mitsamt ihrer Periodika) und Handlungen gegen die führenden Pazifisten im Lande, die in diesen Organisationen zumeist herausgehobene Positionen bekleideten und tatsächlich für alle organisatori-

¹³⁸ Abgedr. in Quidde 1979, Beilage Nr. 10 (zur Ungleichbehandlung s. insbesondere S. 266f.; vgl. ferner Quidde 1979, 107f.).

¹³⁹ Vgl. Deist 1970a, Nr. 181.

¹⁴⁰ Deist 1970a, Nr. 182 (Zitat S. 456).

¹⁴¹ Vgl. hierzu Schmidt 1972.

¹⁴² Zit.n. Holl 1988, 122 u. Scheer 1981, 355; vgl. auch Quidde 1979, 101.

schen Aktivitäten verantwortlich zeichneten.¹⁴³ Insofern waren Aktionen gegen diese Einzelpersonen de facto Aktionen gegen die Organisationen selbst.

Die Reaktionen der Pazifisten zeigen, dass diese sich recht rasch auf die drastisch veränderte Situation einstellten und verschiedene Strategien entwickelten, um unter den neuen, erschwerten Umständen in ihrer Tätigkeit fortzufahren. Dabei legten sie sowohl in organisatorischer wie individueller Hinsicht ein bemerkenswertes Maß an Flexibilität an den Tag, um die zahlreichen militärbehördlichen Schikanen nach Möglichkeit ihrer Effektivität zu berauben.

In Bezug auf die pazifistischen Vereine und Gesellschaften sind mehrere Neugründungen hervorzuheben. Der in der Anfangsphase des Ersten Weltkriegs neu gegründete *Bund Neues Vaterland* hatte allerdings noch nicht in behördlichen Einschränkungen der DFG seine Ursache; seine Gründung war vor allem der Tatsache geschuldet, dass der traditionelle bürgerliche Pazifismus, wie er von der DFG vertreten wurde, in programmatischer Beziehung als unzureichend empfunden wurde, weil er ausschließlich auf außenpolitische Belange fokussiert war und die Innenpolitik sowie mögliche Wechselwirkungen zwischen der inneren Verfasstheit eines Staates und seiner äußeren Politik ignorierte. Diesen unter den neuen Bedingungen als offensichtlichen, sehr realen Mangel empfundenen Zustand versuchten bürgerliche Pazifisten mit Hilfe des BNV, in dem auch viele herausragende Exponenten der DFG mitwirkten, zu beheben: In der Satzung des Bundes weist § 1.2. ausdrücklich darauf hin, „insoweit sich bei der Arbeit [...] ein Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik der Staaten ergibt, darauf hinzuwirken, beide in volle Übereinstimmung zu bringen.“¹⁴⁴ Die Aktivitäten des BNV – der, unbelastet von alten ‚bourgeois‘ Friedenstraditionen, auch ein Bindeglied zu sozialdemokratischen Pazifisten darstellte – fokussierten auf die Bekämpfung der annexionistischen Propaganda und die direkte politische Einflussnahme durch Eingaben und Denkschriften. Der elitäre, explizit nicht auf Massenmobilisierung ausgerichtete Charakter des Bundes verdeutlichte sich im sehr hohen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 50 Mark.¹⁴⁵ Unter Leitung der bekannten Persönlichkeiten Kurt von Tepper-Laski (1850-1931, ein ehemaliger Sportreiter) und Georg Graf von Arco (1869-1940, Physiker und Direktor bei Telefunken) erwies sich der BNV als sehr rührig.¹⁴⁶ Insbesondere die von Ludwig Quidde verfasste und in einer Auflage von 700 Stück am 14.7.1915 an ausgewählte Adressen, etwa Minister, Reichstags- und Bundesratsabgeordnete, im Namen des BNV versandte Denkschrift *Sollen*

¹⁴³ Vgl. die ähnliche Differenzierung bei Quidde (1979, Beilage Nr. 20). – Der Pazifist und evangelische Pfarrer Otto Umfrid hat das Verhalten der meisten DFG-Ortsgruppen einmal mit „schläfrigen Kirchengemeinden“ verglichen, die der Predigt ihres Pastors kopfnickend, doch ansonsten passiv zuhören (zit.n. Riesenberger 1985, 71). Der Verfasser dieser Arbeit weiß aus eigener Arbeitserfahrung in einem Freizeitverein, dass dieses Verhalten („Karteileichen“: Holl 1988, 52) nicht nur für pazifistische Vereinigungen kennzeichnend ist.

¹⁴⁴ Quidde 1979, Beilage Nr. 4.

¹⁴⁵ Vgl. Eisenbeiß 1980, 116.

¹⁴⁶ Zum BNV vgl. Eisenbeiß 1980, 114ff.; Holl 1988, 113f.; Quidde 1979, 66ff.; Scheer 1981, 245ff.

wir annectieren? – in welcher den Großmachtsplänen der Annexionisten „Friedensbedingungen, die kein Volk in seinen Lebensinteressen vergewaltigten, in Bedingungen also, die von allen Seiten als dauernde Bedingungen friedlichen Zusammenlebens anerkannt werden könnten“¹⁴⁷ entgegengestellt wurden – erregte das größte Missfallen der Zensurbehörden. Ein überarbeitetes Manuskript (ohne Autorennennung) mit dem Titel *Reale Garantien für einen dauernden Frieden* ließ Quidde im August 1915 auf eigene Kosten in 130.000 Exemplaren drucken und verschicken: „[W]ith that the fat was in the fire for the German peace movement.“¹⁴⁸ Entsprechend hart trafen den BNV die zunehmenden Zensur- und Unterdrückungsmaßnahmen, und seine Aktivitäten waren sogar noch eher „praktisch [...] lahmgelegt“¹⁴⁹ als jene der DFG. Zwar wurden auch zahlreiche Ortsgruppen der Friedens-Gesellschaft behördlich drangsaliert, z.B. wurden ihre Versammlungen polizeilich überwacht bzw. bespitzelt und öffentliche Versammlungen oder Diskussionen verboten, in Einzelfällen – wie in Königsberg – deren Schließung angedroht.¹⁵⁰ Auch wurde von den Behörden die Aushändigung von Mitgliederlisten verlangt, sodass in der Folge individueller Druck auf die Mitglieder ausgeübt werden konnte. Im Falle der Ortsgruppe Schweinfurt wurde bekannt, dass die dortige Behörde den Mitgliedern androhte, ihre Korrespondenz der militärischen Zensur zu unterwerfen, wenn sie nicht aus der Gesellschaft austräten.¹⁵¹ Derartige Einschüchterungen führten dazu, dass die DFG bis Kriegsende auf rund 6.000 Mitglieder schrumpfte.¹⁵² Immerhin konnte man in der (seit 1900 in Stuttgart, d.h. fern des besonders drakonischen Berliner Militärarnes gelegenen) DFG-Zentrale noch – recht und schlecht – tätig sein. Das begann sich zu ändern, als die DFG-Zeitschrift *Völkerfriede* am 17. 11.1915 verboten wurde.¹⁵³ Grundlage hierfür war ein Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die Militärbefehlshaber „betr[effend] Richtlinien für Maßnahmen gegen die pazifistische Bewegung“ vom 7.11.1915, das daraufhin vielen Generalkommandos als Grundlage für Maßnahmen gegen die Pazifisten sowie deren Begründung (wo solche überhaupt gegeben wurde) diente;¹⁵⁴ es sei deshalb hier ausführlich zitiert:

In den letzten Monaten machen sich Deutschland mehrfach weltbrüderliche Friedensbestrebungen bemerkbar, die scharfe Überwachung erfordern. [...] Bedenklicher als die Betätigung deutscher Friedensfreunde im Inlande ist ihre Wirkung auf das Ausland. Bei Neutralen wie Gegnern müssen sich falsche Ansichten über die innere Kraft Deutschlands bilden. [...] Das persönliche und briefliche Wirken der deutschen Friedensapostel im Auslande kann aber auch unmittelbaren Schaden anrichten [...]. Ihre Äußerungen über innerdeutsche politi-

¹⁴⁷ Quidde 1979, 80.

¹⁴⁸ Shand 1975, 97. Vgl. auch Quidde 1979, 78ff.

¹⁴⁹ Scheer 1981, 286.

¹⁵⁰ Vgl. Quidde 1979, 96ff.

¹⁵¹ Quidde 1979, 98f.

¹⁵² Holl 1988, 52.

¹⁵³ Quidde 1979, 99f. – Die Redaktion des anderen Periodikums der DFG, der *Friedens-Warte*, hatte Alfred Fried bereits im April 1915 ins neutrale Ausland, nach Bern, verlegt (vgl. Riesenberger 1985, 110).

¹⁵⁴ Vgl. Quidde 1979, 99.

sche, wirtschaftliche und militärische Verhältnisse können dem Feinde wichtige Aufschlüsse geben [...]. Besonders gefährlich muß es erscheinen, daß die anfangs mehr wissenschaftlich auftretende Bewegung neuerdings mit scharf international gerichteten Sozialistengruppen aller Länder Fühlung zu nehmen sucht. [...] Die meisten [Pazifisten] werden nicht erkennen, daß ihre Haltung vielfach an Landesverrat grenzt, da sie geeignet ist, auf Kosten unserer eigenen Widerstandsfähigkeit die unserer Feinde zu stärken. [...] Andererseits muß aber dem ganzen Treiben nachhaltig entgegengetreten werden. Es ist daher notwendig, den in der Friedensbewegung in unerwünschter Weise hervortretenden Personen das Gefährliche ihrer Handlungsweise unzweideutig klar zu machen und dies in geeigneter Form schriftlich niederzulegen. Zeigen sie sich unbelehrbar, so kann ihnen auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand jede weitere öffentliche Betätigung nach dieser Richtung verboten werden. Durch die Übertretung eines solchen Verbots würden sie sich bereits strafbar machen, wenn ihnen auch ein Vergehen nach § 89 des Straf-Gesetz-Buches [Strafandrohung für denjenigen, der einer feindlichen Macht im Kriege vorsätzlich Vorschub leistet] nicht nachgewiesen werden kann. Durch Überwachung ihres Briefverkehrs läßt sich die nötige Kontrolle ausüben, durch Paßverweigerung und Verbot der Grenzüberschreitung kann ihr Wirken im Auslande unterbunden werden. Die Anpreisung und Besprechung der Bestrebungen der Friedensfreunde und ihrer Schriften in der Presse muß verhindert werden. [...] Die Veröffentlichung und Verbreitung von pazifistischen Schriften und Flugblättern darf nicht geduldet werden. Ihre Versendung in das Ausland oder and die Front ist zu verhindern. Aus dem Auslande eingehende Schriften solcher Art ebenso wie Privatbriefe, die eine Förderung internationaler pazifistischer Ziele bezwecken, sind zu beschlagnahmen.¹⁵⁵

Beschwerden gegen das Vorgehen der Behörden – im Falle des *Völkerfriede*-Verbotes legte Umfrid für die DFG eine solche ein – zeigten keine Wirkung; in aller Regel wurde darauf gar nicht reagiert; auch wurde, im Falle einer von den Pazifisten argumentativ entkräfteten Begründung, diese zukünftig geändert.¹⁵⁶

Auch der – in Berlin ansässige – BNV sah sich mit rigoroser Zensur konfrontiert. Bereits am 18.3.1915 war ihm vom Oberkommando in den Marken untersagt worden, Mitteilungen an andere Personen als seine Mitglieder zu versenden; am 2.10.1915 wurden dann auch Mitteilungen an die Mitglieder untersagt: „Davon durfte nicht einmal den Mitgliedern Mitteilung gemacht werden!“¹⁵⁷ schreibt Ludwig Quidde, und er stellt – als unmittelbar Involvierter – auch dar, mit welchem Scheingrund dem BNV endgültig das organisatorische Rückgrat gebrochen wurde:

Am 7. Februar 1916 erfolgte aber die vollständige Lahmlegung des Bundes, die dann das Muster für entsprechende Maßnahmen gegen andere Organisationen und gegen die in den Organisationen tätigen Personen wurde. Dem Bunde wurde mitgeteilt, daß ihm ‚für die Dauer des Krieges jede weitere Betätigung im Sinne der Bestrebungen des Bundes nebst Herstellung und Versendung von Mitteilungen, Sonderdrucken, Flugschriften‘ verboten sei. Den Vorwand für das Verbot hatte ein Vorfall gegeben, an dem der Bund ganz unbeteiligt war. Ich hatte einen von der Zensur genehmigten Artikel (Sonderdruck aus dem ‚Völkerfrieden‘) versandt, in dem für die im Haag gegründete ‚Zentralorganisation für einen dauernden Frieden‘ geworben wurde; und ich hatte

¹⁵⁵ Deist 1970a, Nr. 113.

¹⁵⁶ Vgl. z.B. Quidde 1979, 100f., 105ff.

¹⁵⁷ Quidde 1979, 101.

dafür u.a. auch im Büro des Bundes geschriebene Briefumschläge benutzt. Darin wurde eine Umgehung des Verbotes vom 2. Oktober 1915 gesehen. Hätte man diesen Vorwand nicht benutzt, dann gewiß einen anderen. Das Verbot jeder Tätigkeit war auf jeden Fall erfolgt. (...) Das Verbot vom 7. Februar war für die ganze Kriegszeit gedacht und kam für diese Periode der völligen Auflösung des Bundes gleich. Eine Eingabe an den Reichskanzler, die den Sachverhalt klarlegte und um Abhilfe bat, blieb natürlich erfolglos.¹⁵⁸

Neben der nur oberflächlich legalen Vorgehensweise der Militärbehörde illustriert die Schilderung Quiddes exemplarisch, dass die von den Generalen übernommene ausführende Gewalt im Inneren tatsächlich keiner Beschränkung seitens der zivilen Exekutive unterlag, dass der Reichsregierung und dem Kanzler die Hände gegenüber den ausschließlich dem Kaiser verantwortlichen Heeresleuten gebunden waren. Das zeigt sich im Übrigen auch darin, dass eine Unterredung Quiddes mit Bethmann Hollweg am 16.11.1915 – nach der Leipziger Hauptversammlung der DFG – folgenlos blieb, in der es inhaltlich nicht um die Repression der Pazifisten, sondern die Position der Regierung in der Annexionsfrage ging.¹⁵⁹

Bald nachdem die Aktivitäten des BNV abgewürgt waren, wurden auch jene der DFG-Hauptgeschäftsstelle in Stuttgart qua behördlicher Einschränkungen völlig zum Erliegen gebracht.¹⁶⁰ Quasi als Ersatz für die DFG wurde die *Zentralstelle Völkerrecht* ins Leben gerufen. Um nicht denselben amtlichen Bedrängungen ausgesetzt zu sein, beschlossen die Initiatoren, sich nicht als Verein zu konstituieren, wie Quidde – einer der Gründer – sich erinnert:

So konnte man uns nicht die Auslieferung einer Mitgliederliste auferlegen, und auch andere Maßregeln der Behörde waren wenigstens formell erschwert. Wir waren nur eine ‚Stelle‘, ein Punkt, und einen Punkt kann man nicht auflösen. Wir begnügten uns mit der Errichtung einer ‚Geschäftsstelle‘. Wurde ihr die Tätigkeit untersagt, so konnten wir anderswo, im Bereich eines anderen Generalkommandos, eine neue Geschäftsstelle des nicht existierenden Vereins aufmachen.¹⁶¹

Ganz ähnlich versuchte eine weitere pazifistische Gruppierung, die Zensurmaßnahmen ins Leere laufen zu lassen: der *Nationale Frauenausschuss für den Frieden*, der sich im Gefolge des internationalen Frauen-Friedenskongresses vom 28.4.-1.5.1915 in Den Haag gebildet hatte, war ebenfalls nicht als Verein eingetragen.¹⁶²

¹⁵⁸ Quidde 1979, 101f.

¹⁵⁹ Ausdrücklich wurde Quidde vom Kanzler nicht als Vorsitzender der *Friedens-Gesellschaft*, sondern als Abgeordneter des bayerischen Landtages empfangen (vgl. Quidde 1979, 92f.; Riesenberger 1985, 105f.). Quidde empfand, dass Bethmann, obwohl einigen seiner Argumente zustimmend, unter dem Druck der Obersten Heeresleitung keinerlei Konzessionen in die vorgeschlagene Richtung machen konnte (vgl. Quidde 1979, *ibid.*). Bereits zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich also die Prärogative der Obersten Heeresleitung auch in Kriegsfragen ab, die von genuin politischem Charakter waren. Die Übernahme der Obersten Heeresleitung durch Paul von Hindenburg (1847-1934) und Erich Ludendorff (1865-1937) im August 1916 und das Nachgeben der Reichsregierung in der Frage des U-Boot-Krieges im Februar 1917 markierten dann deren endgültige Bankrotterklärung in der Gestaltung außenpolitischer Belange (vgl. Nipperdey 1998, 832f.).

¹⁶⁰ Vgl. Quidde 1979, 103ff.

¹⁶¹ Quidde 1979, 113. – Zur ZV, die sich schließlich doch als Verein konstituieren musste und sich dann der „liebvollen Fürsorge des Oberkommandos [in den Marken] erfreute“ (Quidde 1979, 121) vgl. außerdem Holl 1988, 125f.; Scheer 1981, 288ff.

¹⁶² Zum NFA vgl. Quidde 1979, 75ff. u. 110f. sowie Scheer 1981, 271ff.

Weil die Zensurbehörden in diesen Fällen zwar auf Vereinsgründungen drängten – „schon um uns dann auflösen zu können“, wie Quidde vermerkt –,¹⁶³ aber faktisch keine organisatorische Lahmlegung verfügen konnten, versuchten sie zunächst, durch individuelle Maßnahmen gegen die Protagonisten der losen, rechtlich nicht registrierten Vereinigungen vorzugehen. Dazu zählten die – anfangs heimliche, später amtlich eingestandene – Briefzensur prominenter Pazifistinnen und Pazifisten,¹⁶⁴ das Abhören von Telefonaten,¹⁶⁵ Briefsperrern gegenüber einzelnen Pazifisten,¹⁶⁶ der Passenzug und Ausreiseverweigerung (etwa zu internationalen pazifistischen Zusammenkünften),¹⁶⁷ die Ausweisung aus einem Gliedstaat des Reiches,¹⁶⁸ sowie – in einzelnen Fällen – der Einzug männlicher Pazifisten an die Front, ohne die sonst übliche Rückstellung bei Reklamation.¹⁶⁹

Zwei besonders eindringliche Beispiele individueller Zensur-, ‚Behandlung‘ von Pazifisten seien im Folgenden kurz beschrieben – auch um die unterschiedlichen Maßstäbe, die verschiedene Behörden anlegten, zu illustrieren.

Der an der Marburger Universität lehrende Völkerrechtsprofessor Walther Schücking (1875-1935) wurde im Herbst 1915 mit einem amtlichen Publikations- und Reiseverbot belegt, das ihm sogar untersagte,

über Probleme der internationalen Organisationen mit auswärtigen Gelehrten zu korrespondieren, Reisen ins Ausland zu machen oder sich auch nur in den Grenzgebieten des Deutschen Reiches aufzuhalten und seine Ideen über internationale Organisationen auch nur in theoretischer Weise, in Schrift oder Wort zu äußern.¹⁷⁰

Schücking war damit sozusagen behördlich seiner beruflichen Grundlagen beraubt.

Dagegen konnte der Münchner Pazifist, Philosoph und Hochschulprofessor für Pädagogik Friedrich Wilhelm Foerster (1869-1966) längere Zeit recht unbehelligt arbeiten und publizieren – dank des vergleichsweise milden Regimes, das der für Zensur im Bayerischen zuständige Leiter Alfons Falkner von Sonnenburg (1851-1929) führte, und das im Übrigen auch der – in München ansässige – Quidde mehrfach positiv vermerkte.¹⁷¹

Mit besonderem Unverständnis begegneten die militärischen Zensoren den Pazifistinnen.¹⁷² Beispielsweise wurden in München im Januar 1917 Verfügungen, die gegen einzelne Pazifisten gerichtet waren, aufgehoben – jedoch ausschließlich für die männlichen Mitglieder, wie

¹⁶³ Quidde 1979, 115.

¹⁶⁴ Vgl. Quidde 1979, 105.

¹⁶⁵ Vgl. z.B. Quidde 1979, 182, FN 2.

¹⁶⁶ Vgl. Quidde 1979, 111.

¹⁶⁷ Vgl. Quidde 1979, 147, der hier von dem Kuriosum berichtet, dass er nicht ausreisen durfte, obwohl er die kriegshetzerischen Reden eines französischen Pastors kontern wollte. Vgl. im Zusammenhang mit Passenzug auch die bezeichnenden Auffassungsunterschiede zwischen dem (zivilen) Außenministerium und dem preußischen Kriegsministerium, wie sie bei Scheer (1981, 265) beschrieben werden.

¹⁶⁸ Vgl. Quidde 1979, 111 u. 118.

¹⁶⁹ Vgl. Quidde 1979, 208.

¹⁷⁰ Dokumentiert in Quidde, Pazifismus und Belagerungszustand (hier zit.n. Eisenbeiß 1980, 141).

¹⁷¹ Vgl. Quidde 1979, 81, FN 1 u. 216. – Zu Foerster s. Eisenbeiß 1980, 142.

¹⁷² Vgl. Riesenberger 1985, 110f.

Quidde schreibt: „Frauen [...] schienen dem Kriegsministerium zu gefährlich, um ihnen die Wohltat gemeinen Rechts zu Teil werden zu lassen.“¹⁷³

Als Extreme militärbehördlicher Drangsalierung müssen die illegalen Verhaftungen und Inhaftierungen der Geschäftsführerin des BNV Lilli Jannasch (1872-?) und ihrer Nachfolgerin Elsbeth Bruck (1874-1970) gelten. Jannasch wurde, wie der Pazifist und BNV-Generalsekretär Otto Lehmann-Rußbüldt (1873-1964) geschildert hat, im März 1916

ohne schriftlichen Befehl im Bureau des Bundes durch einen einzelnen Beamten [verhaftet]. Als die Geschäftsführerin dem Beamten erklärte, sie verlange einen Vorweis eines schriftlichen Haftbefehls, sonst würde sie ihm nicht folgen, erklärte er sofort, dann müsse er Gewalt brauchen. [...] Während der vier Wochen Schutzhaft hat keine Vernehmung der Verhafteten stattgefunden, und alle Bemühungen des Abgeordneten Herrn Rechtsanwalt Haase, die Verhaftete vor ein Kriegsgericht zu bringen, durch welches sie infolge eines jeglichen Mangels an Beweismaterial sofort hätte frei gesprochen [sic] werden müssen, waren vergebens. [...] Als die Verhaftete nach vierzehn Wochen ohne Angabe von Gründen freigesprochen wurde, mußte sie eine Erklärung unterschreiben, durch welche sie sich verpflichtete, für die Dauer des Krieges keinerlei politische Arbeit mehr zu leisten. Es wurde ihr bei nochmaliger Haftstrafe verboten, den Wortlaut dieser Erklärung an dritte Personen mitzuteilen.¹⁷⁴

Elsbeth Bruck wurde ebenfalls im Frühjahr 1916 verhaftet und sollte der Spionage und des Hochverrats angeklagt werden; weil aber jegliches Beweismittel fehlte, musste sie wieder entlassen werden, nur, um im April 1918 wegen Verdachts desselben Delikts erneut verhaftet zu werden. Die schlechten hygienischen Zustände und die völlig unzureichende Nährhaftigkeit des Gefängnisessens führten zu einer schweren Erkrankung Brucks, die ihre Enthftung zur Folge hatte.¹⁷⁵

Ebenfalls eine Ausnahme waren Versuche der Behörden, Friedensaktivisten als nervenranke Irre bzw. Geistesranke, jedenfalls aber nicht Zurechnungsfähige, zu verleumden (und in entsprechende Sanatorien abzuschicken und so der Öffentlichkeit zu entziehen). Diese Strategie wurde im Fall des vormaligen Krupp-Direktors Wilhelm Muehlon (1878-1944) und im Fall des ehemaligen Spitzendiplomaten Karl Fürst von Lichnowsky (1860-1928) angewandt: Beide Persönlichkeiten verfügten aufgrund ihrer früheren beruflichen Stellungen über intime Kenntnisse der deutschen Rüstungsindustrie bzw. der internationalen Diplomatie vor Beginn des Weltkrieges und taten diese in öffentlichen Denkschriften kund, deren Inhalt allen Parteigängern der Verteidigungsthese und Befürwortern des Krieges missfallen musste. Weil die vor aller Öffentlichkeit detailliert ausgebreiteten Einblicke nicht wegdiskutiert werden konnten, wurden sie zu „Ausgeburten einer kranken Phantasie“ erklärt.¹⁷⁶

¹⁷³ Quidde 1979, 109.

¹⁷⁴ Abgedr. in Lipp 2004, Nr. 4.4. Vgl. auch Quidde 1979, 102.

¹⁷⁵ Der Prozess gegen Bruck wurde erst nach Kriegsende niedergeschlagen (vgl. die autobiografische Schilderung Brucks, abgedr. in Quidde 1979, Endnote 338, S. 355f.).

¹⁷⁶ Vgl. Benz 1970 (zit.n. *ibid.*, 551); Riesenberger 1985, 109.

Die geschilderten Fälle von Jannasch, Bruck, Muehlon und Lichnowsky dürfen nicht verallgemeinert werden;¹⁷⁷ sie waren Einzelfälle. Dennoch zeigen sie, zu welchen – selbst von den umfangreichen AusnahmeGesetzen im Kriege niemals gedeckten – Aktionen staatliche Stellen mitunter fähig waren. Die Handlungsweisen bzw. Strategien der Gegenwehr seitens der organisierten Pazifisten lassen sich mit Eisenbeiß in fünf Kategorien ordnen:¹⁷⁸ Neben den – bereits erwähnten – Beschwerden und Protesten bei verantwortlichen Stellen zählte – zweitens – die Mobilisierung von Parlamentariern hinzu, welche in den Zensurdebatten des Reichstags die Maßnahmen anprangerten.¹⁷⁹ Drittens kamen – allerdings selten – illegale Aktionen hinzu, beispielsweise wurden Exemplare der *Friedens-Warte* in falsch deklarierten Umschlägen aus der Schweiz eingeschmuggelt;¹⁸⁰ eher wurde – viertens – versucht, sich den Zensurbestimmungen durch ‚realpolitische Argumentation‘ in den Publikationen zumindest oberflächlich zu beugen. Fünftens war, wie dargestellt, die Gründung von Ersatzvereinigungen (in neuen Organisationsformen) ein Mittel, um die repressive Zensur zumindest zeitweilig möglichst zu umgehen.

All diese Versuche, die behördliche Überwachung und Zensurierung zu unterlaufen, konnten der nochmaligen Verschärfung unter der 3. Obersten Heeresleitung von Hindenburg und Ludendorff (seit August 1916) nur temporär und fallweise etwas entgegensetzen.¹⁸¹

Beschwerden und Proteste der Pazifisten waren unter diesen Bedingungen genauso wenig nütze wie zuvor, und auch eine gemeinsame Eingabe von DFG, BNV, NFA und ZV vom 1.7.1917 an den Reichstag, in der die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert wurde und in deren Anhang – mit dem Titel *Pazifismus und Belagerungszustand* (von Quidde verfasst) – nachdrücklich die Vorzugsbehandlung von Annexionisten und die Willkür gegenüber Pazifisten durch die Zensurbehörden dokumentiert war, zeitigte keinerlei Wirkung.¹⁸² Die Schwäche der zivilstaatlichen Stellen den Militärs gegenüber wurde kurz vor Kriegsende durch eine politische Affäre noch einmal eindrucksvoll unterstrichen; sie ist gleichzeitig Beleg für die zunehmend antagonistische Stellung der Parlamentsmehrheit und der militärischen Spitze mit Hindenburg und Ludendorff.¹⁸³ Nachdem der Reichstag am 19.7.1917 mehrheitlich

¹⁷⁷ So auch Shand (1975, 101): „For the most part the authorities directed their actions toward cutting off avenues of communication and expression rather than at arrest and prosecution.“

¹⁷⁸ Vgl. Eisenbeiß 1980, 145.

¹⁷⁹ Vgl. zu den Zensurdebatten im Reichstag Koszyk 1973, 178ff., sowie exemplarisch Quidde 1979, 209.

¹⁸⁰ Vgl. Eisenbeiß 1980, 145, FN 321.

¹⁸¹ Vgl. z.B. das von Ludendorff am 15.11.1917 unterfertigte Geheimschreiben über die Einrichtung einer „zentralen Abwehrstelle feindlicher Propaganda“, in welcher „pazifistische und ähnliche Bestrebungen internationaler Art“ als „feindliche Unternehmungen“ bezeichnet werden (abgedr. in Deist 1970a, Nr. 409; vgl. auch Deist 1970b, LIIf.; id. 1991, 161ff.; id. 2002, 383).

¹⁸² Vgl. Quidde 1979, 145. Die Eingabe ist abgedr. in *ibid.*, Beilage Nr. 13.

¹⁸³ Vgl. Deist 1970b, LXVI; Quidde 1979, 194.

eine Friedensresolution angenommen hatte, die für einen Verständigungsfrieden plädierte,¹⁸⁴ leitete der preußische Kriegsminister und Oberbefehlshaber für das Reichsgebiet Hermann von Stein (1854-1927) einen geheimen Erlass an das Innenministerium und andere Behörden, in dem aufgefordert wurde, Zusammenkünfte und Vorträge der DFG und ZV als „eine neuerliche durchaus unerwünschte Propaganda für den internationalen Pazifismus“ zu verhindern, weil es deren Zweck sei, „in möglichst vielen Versammlungen für einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsentschließung vom 19. Juli 1917 einzutreten.“¹⁸⁵ Der Geheimerlass wurde den Pazifisten zugespielt, für die er „natürlich ein ‚gefundenes Fressen‘“ darstellte, wie Quidde bemerkt.¹⁸⁶ Zwar stürzte von Stein über diese Affäre und wurde abberufen; doch nahmen die repressiven und oft willkürlichen Zensurmaßnahmen auch in den letzten Kriegsmonaten unter den Kanzlern Georg Michaelis (1843-1919, im Amt von Juli bis Oktober 1917) und Georg von Hertling (1843-1919, amtierend von November 1917 bis September 1918) nicht ab.¹⁸⁷ Zensiert wurde bis Kriegsende: „Erst die Revolution vom 9. November [1918] machte dem Spuk ein Ende.“¹⁸⁸

Wie ist die staatliche Behandlung der organisierten bürgerlichen Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges abschließend zu beurteilen? Einig sind sich die Historiker in dem Urteil, dass sie auch in dieser Zeit ein Dasein als „Fremdkörper“¹⁸⁹ in der wilhelminischen Gesellschaft fristete und der „Peripherie des politischen Geschehens“ verhaftet blieb: Ihr Einfluss blieb, objektiv betrachtet, verschwindend gering.¹⁹⁰

Uneinigkeit hingegen besteht bezüglich der Wirkungen von Zensur und Unterdrückung auf die Friedensbewegung selbst. Während der Paderborner Historiker Dieter Riesenberger die Ansicht vertritt, die „organisatorische Einheit der Friedensbewegung“ sei „unter dem Druck der staatlichen Zensur- und Repressionspraxis [...] zerbrochen“,¹⁹¹ interpretiert der Bremer Pazifismusforscher Karl Holl denselben Vorgang – die zweifelsfrei feststellbare organisatorische Diversifizierung – positiv: „Gerade die Knebelungsversuche im Zeichen des Ausnahmezustandes stimulierten offensichtlich die Geschmeidigkeit, den Erfindungsgeist und die Entschlossenheit der pazifistischen Abwehr.“¹⁹² Holl ist ferner der Auffassung, dass die geänderte innenpolitische Situation geradezu katalysierende Wirkung auf die programmatische Weiterentwicklung der pazifistischen Bürgerlichen hatte, indem ihnen der Konnex von Außen-

¹⁸⁴ Abgedr. in Cartarius 1982, Nr. 166, u. Lipp 2004, 5.9.

¹⁸⁵ Zit.n. Quidde 1979, 214.

¹⁸⁶ Quidde 1979, 214.

¹⁸⁷ Vgl. Eisenbeiß 1980, 147; Quidde 1979, 208.

¹⁸⁸ Quidde 1979, 216.

¹⁸⁹ Vgl. FN 100 oben.

¹⁹⁰ Vgl. Eisenbeiß 1980, 32; Scheer 1981, 600 (Zitat ibid.); Shand 1975, 105.

¹⁹¹ Riesenberger 1985, 114.

¹⁹² Holl 1988, 124.

und Innenpolitik drastisch vor Augen geführt wurde.¹⁹³ Auch Wilfried Eisenbeiß, der die bis dato detaillierteste Studie zum bürgerlichen Pazifismus im Ersten Weltkrieg vorgelegt hat, betont, dass die Zensur- und Repressionsmaßnahmen die Friedensbewegung zu keiner Zeit völlig lähmen konnten.¹⁹⁴

Die organisatorische Vervielfältigung der Friedensbewegung – Resultante der neu eingeübten flexiblen Organisations- und Arbeitsformen – und ihre programmatische Fortentwicklung mit der Radikalisierung von Forderungen – die einerseits nicht alle bürgerlichen Friedensfreunde mitzutragen bereit waren, die andererseits aber zu neuem Anhang (besonders unter Sozialdemokraten) und insofern einer veränderten Zusammensetzung in sozialstratifikatorischer Hinsicht führten – indizierte allerdings eine Tendenz, die nach dem Kriege in Spaltungen und Zersplitterungen mündete:¹⁹⁵ Das war gewissermaßen die Kehrseite der Medaille. Als am 11.11.1918 die Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden, ließen diese den deutschen Friedensaktivisten „das Blut in den Adern erstarren.“¹⁹⁶ Der kurzfristige Zulauf und die Sympathien, die sie zu Kriegsende verbuchen hatten können, waren dahin: Mit einem *solchen* Frieden wollte niemand etwas zu tun haben.¹⁹⁷ Zusammen mit der nationalistischen Agitation gegen den folgenden Friedensschluss – das „Versailler Schanddiktat“ – und der sich rasch verbreitenden Legende über den „Dolchstoß in den Rücken des im Felde unbesiegten Heeres“ sollten die enttäuschten Erwartungen in den Frieden bewirken, dass der bürgerliche Pazifismus auch in der Weimarer Republik politisch einflusslos bleiben würde.

4. Schluss: Zusammenfassung und Ausblick

In den vorangehenden Ausführungen wurde das Schicksal der bürgerlichen Friedensbewegung – und ihrer Protagonisten – in Deutschland während des Ersten Weltkrieges untersucht. Zu diesem Zweck wurde zunächst anhand zweier einflussreicher geschichtswissenschaftlicher Werke über das Deutsche Reich von 1871 der Frage nachgegangen, ob bzw. inwieweit die Behauptung, dieses sei ein „Militärstaat“ gewesen, berechtigt ist. Dabei konnte erläutert werden, dass die Zivilgesellschaft des Kaiserreiches in vielfältiger Hinsicht von militärischen respektive militaristischen Elementen penetriert war, die in Summe ein allgemeines soziales Selbstverständnis generierten, das für pazifistische Positionen keinen Raum ließ. Entsprechend randständig, einflusslos und – im internationalen Vergleich – ‚verspätet‘ präsentierte sich die (auch zahlenmäßig vernachlässigbare) organisierte bürgerliche Friedensbewegung

¹⁹³ Holl 1988, 124, 132f; vgl. ebenso Scheer 1981, 324.

¹⁹⁴ Vgl. Eisenbeiß 1980, 148.

¹⁹⁵ Vgl. Holl 1988, 143ff.; Quidde 1979, 221ff.; Scheer 1981, 324 u. 345.

¹⁹⁶ Kundgebung der DFG am 15.11.1918 (zit.n. Quidde 1979, Beilage Nr. 17).

¹⁹⁷ Vgl. Quidde 1979, 226.

in Deutschland, wie im darauf folgenden Abschnitt über deren Anfänge gezeigt wurde. Im Hauptteil dieser Arbeit wurden sodann die rechtlichen und politisch-institutionellen Umstände skizziert, unter denen die Pazifisten seit Beginn des Ersten Weltkrieges tätig waren. Die Zurückdrängung der zivilen Exekutive nicht nur in außenpolitischen Belangen, sondern auch die – sonderrechtlich sanktionierte – Dominanz, ja faktische Alleinherrschaft der Militärs in Angelegenheiten der vollziehenden Gewalt im Inneren war für die Friedensbewegung von akuter Relevanz, weil die Militärbefehlshaber auch die Zensurmaßnahmen verantworteten. Indem sie dabei jedoch keiner Stelle – außer dem Kaiser selbst – verantwortlich waren und auch keine Direktiven einer übergeordneten Verwaltungsstelle entgegenzunehmen brauchten, entwickelten sich in der Realität unterschiedlich streng gehandhabte Kontroll- und Zensurregime, welche die Pazifisten teilweise für ihre Zwecke ausnutzen konnten, wie in Abschnitt 3.2.2. dargestellt werden konnte. Neben vergleichsweise permissiv angewandter Zensur – etwa längere Zeit in Bayern – gab es jedoch vielfältige Maßnahmen, die nicht mehr durch Recht und Gesetz – auch nicht die Ausnahmegesetzgebung im Kriege – gedeckt waren und willkürlich-repressiven Charakter hatten, der umso stärker zutage trat, als die annexionistischen Trommler des nationalistischen Lagers relativ mit weitaus größerer Toleranz, die bis zu kaum verhohlenen Wohlwollen reichte, behandelt wurden. Die organisierten bürgerlichen Pazifisten wurden, ihrer geringen Zahl zum Trotz, von den Militärs als Bedrohung im Inneren empfunden, die es zu bekämpfen galt: Ihre internationalistische Ausrichtung und die zunehmende Annäherung von sozialdemokratisch eingestellten Friedenskämpfern erschien den Armeeeinheiten zutiefst suspekt; sie argwöhnten, dass die Friedenspropaganda im feindlichen Ausland als Beleg für die Zerrissenheit der ‚Heimatfront‘ interpretiert würde und fürchteten – nachdem die erste Kriegseuphorie verflogen war und zunehmende Nahrungsmittelknappheit den Wunsch, den Krieg zu beenden, in weiten Bevölkerungskreisen immer dringlicher werden ließ – auch, dass die Lobbyarbeit der Pazifisten deren Durchhaltewillen unterminieren würde: Der – freilich nie judizierte – Vorwurf lautete Landesverrat. Unter diesen massiv erschwerten Bedingungen entwickelte die Friedensbewegung ein Talent für Geschmeidigkeit und Flexibilität hinsichtlich ihrer Organisationsformen – zeitweise wurde recht erfolgreich versucht, das Vereinsrecht zu umgehen – und ihrer Arbeitsweise, sodass ihre Aktivitäten zwar eingeschränkt und vor allem auf die Auseinandersetzung mit den militärischen Zensoren gelenkt waren, doch nie völlig zum Erliegen kamen. Während Bespitzelung, Briefzensur und Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch Passenzug geläufigere Mittel der Behinderung darstellten, waren illegale Festnahmen und Inhaftierungen mit ungenannter oder vorgeschobener Begründung, die unmittelbare physische Schädigungen zur Folge haben konnten, die seltene Ausnahme, ebenso wie Versuche, einzelne Pazifisten durch haltlose Rufschädigung – als

Nerven- bzw. Geistesranke – zu verleumden. Der Rechtsstaat war unter den Bedingungen des Belagerungsgesetzes weit eingeschränkt. Dennoch ist es nicht richtig, in Bezug auf die Handlungen der Militärs im Inneren von einer „Militärdiktatur“ zu sprechen,¹⁹⁸ in der diese nach Gutdünken verfahren konnten. Zwar wohnte vielen Maßnahmen gegen die Friedensaktivisten unverkennbar ein willkürliches Moment inne, doch waren Proteste und Beschwerden gegen ihre Behandlung möglich – wenn auch meistens konsequenzlos –, und die Ausbreitung der Tatsachen in der Öffentlichkeit – etwa in den Zensurdebatten des Reichstages – war zumindest eingeschränkt gegeben. Die kaltschnäuzige Brutalität und völlige Rechtlosigkeit des nationalsozialistischen „Maßnahmenstaates“¹⁹⁹ im Kampf gegen „innere Feinde“ war der Exekutive des Deutschen Reiches von 1871 fremd – auch den Militärbefehlshabern während des Ersten Weltkrieges.²⁰⁰

Zwangsläufig mussten im begrenzten Rahmen der vorliegenden Untersuchung viele Dinge ausgespart bleiben bzw. konnten bestenfalls angedeutet werden. Eine nähere Erläuterung der zeitlich wechselnden Intensität der Zensur- und Repressionsmaßnahmen, welche mit der jeweiligen Kriegslage und den Personen der Obersten Heeresleitung zusammenhing, musste größtenteils ausgespart bleiben. Auch die detaillierte Auseinandersetzung der Ursachen für das Scheitern der Friedensbewegung – gemessen an der politischen Durchsetzungsfähigkeit ihrer Programmatik – muss anderen Untersuchungen vorbehalten bleiben.²⁰¹ In diesem Kontext könnte ein internationaler Vergleich verschiedener nationaler bürgerlicher Friedensorganisationen erkenntnisfördernd wirken. Bedauerlicherweise stehen derartige komparative Studien noch aus; sie erscheinen jedoch umso lohnender, als sie – jedenfalls bezüglich Deutschlands – auf einer soliden Grundlage von Forschungsergebnissen bauen könnten. Diese zeigen auch, dass der Friedensbewegung in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kein glücklicheres Los beschieden war. Die Schicksale der beiden Friedensaktivisten und Hochschullehrer Georg Friedrich Nicolai (1874-1964, Kardiologe) und Emil Julius Gumbel (1891-1966, Statistiker) stehen sinnbildlich für die Schikanen, denen die Pazifisten auch in der Demokratie Weimars ausgesetzt waren. Beide emigrierten schließlich ins ferne Ausland, Nicolai noch vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Gumbel danach.²⁰² Beide mussten aus der Ferne miterleben, dass ihr Traum von einem friedlichen Deutschland in einer pazifizierten Welt sich nicht erfüllen sollte.

¹⁹⁸ Vgl. Benz 1970, 543; Holl 1988, 127; s. aber Nipperdey 1998, 833.

¹⁹⁹ Hierzu instruktiv Fraenkel 2001.

²⁰⁰ Vgl. Shand 1975, 103, für eine ähnliche Einschätzung.

²⁰¹ Vgl. hierzu Eisenbeiß 1980, 256ff.

²⁰² Zu Nicolai vgl. Zuelzer 1981; zu Gumbel vgl. Brenner 2001 u. Jansen 1991.

5. Quellen- und Literaturverzeichnis²⁰³

- Benz, Wolfgang, 1970: Der „Fall Muehlon“. Bürgerliche Opposition im Obrigkeitsstaat während des Ersten Weltkriegs, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 18, Heft 4, 343-365.
- * Benz, Wolfgang (Hg.), 1988: Pazifismus in Deutschland. Dokumente zur Friedensbewegung 1890-1939, Frankfurt a.M.
- Bleisch, Barbara/Strub, Jean-Daniel (Hg.), 2006: Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis, Bern/Stuttgart/Wien.
- Brenner, Arthur D., 2001: Emil J. Gumbel. Weimar German Pacifist and Professor, Boston/Leiden.
- * Brinker-Gabler, Gisela (Hg.), 1980: Frauen gegen den Krieg, Frankfurt a.M.
- Budde, Gunilla-Friedrike, 2000: Geschlechtergeschichte, in: Cornelißen, Christoph (Hg.): Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt a.M., 282-294.
- Carsten, Francis L., 1982: War against War. British and German Radical Movements in the First World War, London.
- * Cartarius, Ulrich (Hg.), 1982: Deutschland im Ersten Weltkrieg. Texte und Dokumente 1914-1918, München.
- Chickering, Roger, 1975: Imperial Germany and a World Without War. The Peace Movement and German Society, 1892-1914, Princeton, NJ/London.
- Chickering, Roger, 2007 [Rez.]: Holl, Karl: Ludwig Quidde (1858-1941) [etc.], in: H-Soz-u-Kult, online: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2007-4-059.pdf>> (10.09.2009).
- Clemens, Gabriele, 1987: Bertha von Suttner (1843-1914). „Die Waffen nieder“, in: Rayewski, Christiane/Riesenberger, Dieter (Hg.): Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll, München, 47-53.
- Daniel, Ute, 2002: Zweierlei Heimatfronten: Weibliche Kriegserfahrungen 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 im Kontrast, in: Thoß, Bruno/Volkman, Hans-Erich (Hg.): Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, Paderborn et al., 391-409.
- * Deist, Wilhelm (Bearb.), 1970a: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, Teil I und II (=Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Band 1/I und II), Düsseldorf.
- Deist, Wilhelm, 1970b: Einleitung, in: id. (Bearb.): Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, Teil I (=Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, Band 1/I), Düsseldorf, XI-LXVI.
- Deist, Wilhelm, 1991: Zensur und Propaganda in Deutschland während des Ersten Weltkrieges, in: id.: Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte (=Beiträge zur Militärgeschichte, Band 34), München, 153-163.
- Deist, Wilhelm, 2002: Das Militär an der ‚Heimatfront‘ 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945, in: Thoß, Bruno/Volkman, Hans-Erich (Hg.): Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, Paderborn et al., 375-389.
- Donat, Helmut, 1987: Otto Umfrid (1857-1920). Für die Einheit von Moral und Politik, in: Rayewski, Christiane/Riesenberger, Dieter (Hg.): Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll, München, 61-68.
- Düding, Dieter, 1986: Die Kriegervereine im wilhelminischen Reich und ihr Beitrag zur Militarisierung der deutschen Gesellschaft, in: Dülffer, Jost/Holl, Karl (Hg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Göttingen, 99-121.
- Eifert, Christiane, 2002: Art. Geschlechtergeschichte, in: Jordan, Stefan (Hg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart, 130-134.
- Eisenbeiß, Wilfried, 1980: Die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges. Organisation, Selbstverständnis und politische Praxis 1913/14-1919, Frankfurt a.M. et al.
- Fischer, Fritz, 1977 [zuerst 1961]: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf.
- Förster, Stig, 1985: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Statusquo-Sicherung und Aggression, 1890-1913, Stuttgart.
- Förster, Stig, 1986: Alter und neuer Militarismus im Kaiserreich, in: Dülffer, Jost/Holl, Karl (Hg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Göttingen, 122-145.
- Förster, Stig, 1994: Militär und staatsbürgerliche Partizipation. Die allgemeine Wehrpflicht im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, in: Foerster, Roland G. (Hg.): Die Wehrpflicht. Entstehung, Erscheinungsformen und politisch-militärische Wirkung (=Beiträge zur Militärgeschichte, Band 43), München, 55-70.
- Fraenkel, Ernst, 2001 [engl. 1941; dt. 1974]: Der Doppelstaat, herausgegeben von Alexander von Brünneck, 2. Auflage, Hamburg.
- Fries, Helmut 1994: Die große Katharsis. Der Erste Weltkrieg in der Sicht deutscher Dichter und Gelehrter. Band 1: Die Kriegsbegeisterung von 1914: Ursprünge – Denkweisen – Auflösung, Konstanz.

²⁰³ Quelleneditionen wurden mit einem (*) kenntlich gemacht.

- Geiss, Imanuel, 2003: Zur Fischer-Kontroverse – 40 Jahre danach, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München, 41-57.
- Gerhard, Ute, 1990: Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek.
- Grebing, Helga, 1986: Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806-1945. Eine Kritik. Unter Mitarbeit von Doris von der Brelie-Lewien und Hans-Joachim Franzen, Stuttgart et al.
- Hagemann, Karen/Schüler-Springorum, Stefanie (Hg.), 2002: Heimat – Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege, Frankfurt a.M./New York.
- Hamann, Brigitte, 1991: Bertha von Suttner. Ein Leben für den Frieden, München/Zürich.
- Hirschfeld, Gerhard (Hg.), 1997: Kriegserfahrungen. Studien zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte des Ersten Weltkriegs, Essen.
- Hirschfeld, Gerhard, 2004: Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 29-30, 3-12.
- Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Renz, Irina (Hg.), 2009: Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Aktualisierte und erweiterte Studienausgabe, Paderborn et al.
- Holl, Karl, 1978: Art. Pazifismus, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Band 4, Stuttgart, 767-787.
- Holl, Karl, 1987: Ludwig Quidde (1858-1941). Friede und liberale Demokratie, in: Rayewski, Christiane/Riesenberger, Dieter (Hg.): Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll, München, 133-138.
- Holl, Karl, 1988: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a.M.
- Holl, Karl, 2007: Ludwig Quidde (1858-1941). Eine Biografie (=Schriften des Bundesarchivs 67), Düsseldorf.
- Holl, Karl, 2009: Art. Friedensbewegung, in: Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Renz, Irina (Hg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Aktualisierte und erweiterte Studienausgabe, Paderborn et al., 508-510.
- * Huber, Ernst Rudolf (Hg.), 1961: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803-1850, 2. erweiterte Auflage, Stuttgart.
- * Huber, Ernst Rudolf (Hg.), 1986: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851-1900, 3. neubearbeitete Auflage, Stuttgart et al.
- Institut für Zeitgeschichte (Hg.), 1982: Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität? (=Reihe Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte), München/Wien.
- Jansen, Christian (Hg.), 1991: Emil Julius Gumbel. Portrait eines Zivilisten, Heidelberg.
- Jarausch, Konrad H., 2003: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, München, 20-40.
- Jesenitschnig, Clemens, 2009: Eugenischer Pazifismus? Krieg und Rassenhygiene im Kontext des Ersten Weltkrieges am Beispiel der Schriften Wilhelm Schallmayers. Eine ideengeschichtliche Studie, Hauptseminar-Arbeit am Institut für Geschichte der Medizin, Heidelberg (auf Wunsch gerne beim Autor erhältlich).
- Kessel, Martina, 2000: Mentalitätsgeschichte, in: Cornelißen, Christoph (Hg.): Geschichtswissenschaften. Eine Einführung, Frankfurt a.M., 235-246.
- Knoch, Peter (Hg.), 1989: Kriegsalltag. Die Rekonstruktion des Kriegsalltags als Aufgabe der historischen Forschung und Friedenserziehung, Stuttgart.
- Kocka, Jürgen, 1973: Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Göttingen.
- Koszyk, Kurt, 1973: Entwicklung der Kommunikationskontrolle zwischen 1914 und 1918, in 152-193.
- Krumeich, Gerd, 1993: Kriegsgeschichte im Wandel, in: Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd (Hg., in Verbindung mit Irina Renz): Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch... Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs (=Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, Band 1), Essen, 11-24.
- * Lipp, Karlheinz, 2004: Pazifismus im Ersten Weltkrieg. Ein Lesebuch, hg. vom Berliner Landesinstitut für Schule und Medien, Herbolzheim.
- Lüdtke, Alf (Hg.), 1989: Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt a.M./New York.
- Lüdtke, Alf, 2002: Art. Alltag, in: Jordan, Stefan (Hg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart, 21-24.
- Mommsen, Wolfgang J., 1995: Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890-1918 (=Propyläen Geschichte Deutschlands, Band 7/2), Berlin.
- Mommsen, Wolfgang J. (Hg.), 1996: Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg (=Schriften des historischen Kollegs, Kolloquien Band 34), München.
- Mommsen, Wolfgang J., 2004: Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Frankfurt a.M. (Lizenzausgabe: Bonn).
- Niedhart, Gottfried, 2007 [Rez.]: Lavieren als Lebensprinzip. Den Friedensnobelpreisträger Ludwig Quidde trieb ein „patriotischer Pazifismus“ an, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.06.2007, 7.
- Nipperdey, Thomas, 1998: Deutsche Geschichte. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie, München.
- Opitz, Claudia, 2005: Um-Ordnungen der Geschlechter. Einführung in die Geschlechtergeschichte, Tübingen.
- * Quidde, Ludwig, 1977: Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus, Eingeleitet und herausgegeben von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a.M.

- * Quidde, Ludwig, 1979: Der deutsche Pazifismus während des Weltkrieges 1914-1918 (=Schriften des Bundesarchivs, 23). Aus dem Nachlaß Ludwig Quiddes herausgegeben von Karl Holl unter Mitwirkung von Helmut Donat, Boppard.
- Pusch, Luise F., 1984: Das Deutsche als Männersprache. Aufsätze und Glossen zur feministischen Linguistik, Frankfurt a.M.
- Rayewski, Christiane/Riesenberger, Dieter (Hg.), 1987: Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll, München.
- Riesenberger, Dieter, 1985: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933, Göttingen.
- Riesenberger, Dieter, 1987: Alfred Hermann Fried (1864-1921). Die Überwindung des Krieges durch zwischenstaatliche Organisation, in: Rayewski, Christiane/Riesenberger, Dieter (Hg.): Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll, München, 54-60.
- Roerkohl, Anne, 1991: Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges, Stuttgart.
- Rürup, Reinhard, 1973: Ludwig Quidde, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hg.): Deutsche Historiker, Göttingen, 358-381.
- Scheer, Friedrich-Karl, 1981: Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt a.M.
- Schmidt, Klaus Werner, 1972: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Essen (1883-1944), in: Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach, 365-380.
- Schmitt, Rüdiger, 1990: Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen einer neuen sozialen Bewegung, Opladen.
- Schöttler, Peter, 2002: Art. Mentalitäten, in: Jordan, Stefan (Hg.): Lexikon Geschichtswissenschaft. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart, 205-208.
- Schwaabe, Christian, 2005: Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung, München.
- Shand, James D., 1975: Doves Among the Eagles: German Pacifists and Their Government During World War I, in: Journal of Contemporary History 10, Number 1, 95-108.
- Ulrich, Bernd/Ziemann, Benjamin (Hg.), 1994: Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Wahn und Wirklichkeit, Frankfurt a.M.
- * Ungern-Sternberg, Jürgen von/Ungern-Sternberg, Wolfgang von, 1996: Der Aufruf ‚An die Kulturwelt!‘ Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg (=Historische Mitteilungen, Beiheft 18), Stuttgart.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1979: Der Fall Zabern von 1913/14 als Verfassungskrise des Wilhelminischen Kaiserreiches, in: id.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 2. Auflage, Göttingen, 70-88.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1994: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, 7. Auflage, Göttingen.
- Wehler, Hans-Ulrich, 2003: Konflikte zu Beginn des 21. Jahrhunderts, München.
- Wehler, Hans Ulrich, 2007: Notizen zur deutschen Geschichte, München.
- Welskopp, Thomas, 2002: Identität *ex negativo*. Der „deutsche Sonderweg“ als Metaerzählung in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft der siebziger und achtziger Jahre, in: Jaraus, Konrad H./Sabrow, Martin (Hg.): Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, Göttingen, 109-139.
- Wette, Wolfram, 1992: Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München/Zürich.
- Wieland, Lothar, 1998: Die Verteidigungslüge. Pazifisten in der deutschen Sozialdemokratie 1914-1918, Bremen.
- Zuelzer, Wolf, 1981: Der Fall Nicolai, Frankfurt a.M.